



Landesplanung

S. 4

Die Regeln für das künftige Zusammenspiel von Regionalräten und Landesplanung erörterte der Umweltausschuss mit Sachverständigen. Die Landesregierung will (nach Metrorapid) die bisherige Praxis ändern.

Kultur

S. 5

Angesichts leerer Kassen steht die Förderung des Landes für die privaten Bühnen auf dem Prüfstand. Darüber debattierte der Kulturausschuss mit Experten.



Energie

S. 7

Nutzlos abfackeln oder sinnvoll einsetzen? Grubengas wird in Nordrhein-Westfalen zunehmend und erfolgreich zur Energiegewinnung genutzt. Der Grubenausschuss hat sich darüber in Dinslaken informiert.

Bildung

S. 12/13

Drei Ausschussvorsitzende ziehen in einem Gespräch Bilanz: Was wurde im Landtag getan, um die Bildungssituation junger Menschen zu verbessern? Und was bleibt für Parlament und Jugendliche noch zu tun?

Rekord auf der Jugendmesse YOU: Über 300.000 junge Menschen bevölkerten Ende Mai die Essener Messehallen. Und der Landtag war mittendrin. Auf seiner Bühne tummelten sich die Stars der Szene, hier gab es Musik, Gespräche und witzige Spiele. Und, bitteschön, wo blieb die Landespolitik? Sie war präsent durch den Landtagspräsidenten, der für das neue Jugendinternet des Landtags warb, war Gegenstand eines Quiz und Thema einer Infozeitung, die an allen vier Messetagen herausgebracht wurde. Landespolitik und junge Menschen - hier in Essen wurde ein neues Kapitel aufgeschlagen. Ein Experiment, gewiss. Aber eines, das sich gelohnt hat, wie Landtagspräsident Ulrich Schmidt auf Seite 9 feststellt.
Foto: Schälte

Wort und Widerwort:

Was muss die Ganztagschule in Nordrhein-Westfalen leisten?

In den Zeiten internationaler Bildungsvergleiche kommt der offenen Ganztagschule eine besondere Bedeutung zu. Sie ist Chance und Herausforderung zugleich: Zum einen kann sie, wenn sie ihren Namen verdient, Kinder und Jugendliche fördern und betreuen, zum anderen müssen bei dem neuen Angebot Menschen mit unterschiedlichen Berufen und Fähigkeiten zum Wohl junger Menschen zusammenwirken. Ein verheißungsvoller Ansatz oder nur eine „Mogelpackung“ – die Fraktionen sind sich da nicht einig (Seite 8).

Jugend im Blick – Der Landtag sucht den Dialog



Inhalt

Politik 4 YOU	2
„Planung aus einem Guss“	3
<i>Experten beraten über die Umstrukturierung des Ruhrgebiets</i>	
„Kommunen bei der Metrorapid-Planung nicht außen vor lassen“	4
Gründung der deutsch-amerikanischen Parlamentariergruppe im Landtag	4
„Wir dürfen keine Rücklagen für einen neuen Lkw bilden“	5
<i>Freie Theater klagen über die Fesseln des Haushaltsrechts</i>	
Aktuelles aus den Ausschüssen	6
Strom und Wärme aus Grubengas	7
<i>Neun neue Bohrungen geplant</i>	
Wort und Widerwort	8
<i>Was muss die Ganztagschule in Nordrhein-Westfalen leisten?</i>	
Lob aus allen Fraktionen	9
<i>Landtag zieht positive Bilanz aus dem Auftritt auf der YOU</i>	
Show und Informationen am laufenden Band	10
<i>Vier Tage auf der Jugendmesse YOU, die alle Mühen gelohnt haben</i>	
Abenteuer Jugend, Wagnis Politik	11
<i>Zwei getrennte Welten haben sich aufeinander zubewegt</i>	
„In Bildung investieren, heißt in die Zukunft investieren“	12/13
<i>Interview mit drei Ausschussvorsitzenden</i>	
„Zusammenlegung in Gelsenkirchen rechnet sich“	14
<i>Zentraler Standort für Landesbetrieb Straßenbau</i>	
Mehr Mittel für das „Transitland NRW“	14
„Schluss mit dem Stillstand bei Stiftungshochschulen“	15
<i>Freie Demokraten sehen mehr Chancen in neuer Rechtsform</i>	
Kein Rederecht für Datenschützerin	15
Wer nicht lesen kann, schämt und versteckt sich	16
<i>Opposition mit Antworten auf Große Anfrage „Analphabetismus“ unzufrieden</i>	
Den Blick für Folgen der Gewalt schärfen	17
<i>Großes Interesse an Tagung der Enquetekommission Frauengesundheit</i>	
Aus den Fraktionen	18
Porträt der Woche: Klaus Strehl (SPD)	19
Für Jäger, Sammler und solche, die es werden wollen	19
Impressum	19
Geburtstage und Personalien	20

Politik 4 YOU

Über 300.000 Gäste, 36 Stunden Programm. Die Besucherinnen und Besucher der europaweit größten Jugendmesse in Essen, der YOU, haben 5000 Bälle, tausende Badgeholder, jede Menge Uhren und Monitorpins mit der neuen Web-Adresse des Jugendinternet-Auftritts des Landtags www.FreshNRW.de nach Hause getragen. Und natürlich die Botschaft des Landtags: „Politik 4 YOU“.

Noch bis weit nach Messeschluss versorgte der Landtags-Airbrusher die Jugendlichen mit ihren Lieblingsmotiven. Über 800 Temporary Tattoos schaffte er. Freshnews hieß die tägliche Zeitung des Landtags: 40.000 Exemplare wurden insgesamt gedruckt und verteilt. Zusammengestellt wurde die Zeitung mit Hilfe der Jungen Presse NRW, dem Zusammenschluss der Schülerzeitungsredakteure. Die Texte gibt es unter www.FreshNRW.de.

Auf der Event-Bühne des Landtags war an allen vier Tagen etwas los: internationale Stars, HipHop-Tänzer aus der Region und die Cheerleader von Rhein Fire trafen auf ein begeistertes Publikum. Ein Neukirchen-Vluynrer Jugendlicher gewann die Statistenrolle im neuen Otto-Film. 50 junge Menschen wurden an vier Tagen auf der Bühne des Landtags gecastet. Die Rolle wurde mit Hilfe der Filmstiftung Nordrhein-Westfalen zur Verfügung gestellt.

LIVE IM RADIO

Das „Total krasse Politik-Quiz“ – ein Part des neuen Jugendinternet-Auftritts des Landtags – wurde mehrmals täglich live auf der Bühne gespielt. Die Moderatoren Enie, Björn von Radio Essen, DJ Krid P und Gülcan hatten keine Mühe, Jugendliche zu finden, die beim Quiz mitmachen wollten. Radio Essen, Antenne Düsseldorf und Radio Duisburg berichteten live über den ersten Auftritt des Parlaments auf der Jugendmesse YOU.

Großes Lob aller Aussteller für den Landtag: Mit so einem spannenden Programm haben die meisten nicht gerechnet. Ihre Forderung: Bitte macht weiter mit.

Landtagspräsident Ulrich Schmidt zog ein positives Fazit: „Für mich ist unser Auftritt in Essen ein Erfolg. Ich bin mit dem Team Landtag dorthin gegangen, wo die Jugendlichen sind. Und sie haben uns mit offenen Armen empfangen. Unsere Präsentation, ein Mix aus Politik-Quiz, Filmcasting, Tanz und Live-Bands kam hervorragend an. Die Berührungsängste, die viele Jugendliche bei Politikern und bei der Politik haben, sind hier auf der YOU sichtbar geschmolzen.“ Nach dem Motto: Politik ist für Euch da. Ohne Hilfe von Sponsoren aus der Wirtschaft wäre dieser Messe-Auftritt nicht möglich gewesen. **SH**

Experten beraten über die Umstrukturierung des Ruhrgebiets

„Planung aus einem Guss“

Ein neues „Ruhrgebietsgesetz“ soll die dicht besiedelte und verflochtene Region zwischen Duisburg und Walsrop stärken und fit für die Zukunft machen. Erst die CDU, dann die rot-grüne Koalition formulierten Gesetzentwürfe, in denen es von Begriffen wie „Koope-ration“, „Synergieeffekte“ und „Strukturwandlung“ nur so wimmelt (Drsn. 13/2257 und 13/3538). Es ist die Rede davon, die bisherige „politische Klammer“ des Kommunalverbandes Ruhrgebiet (KVR) in einen Regionalverband (RVR) mit deutlich stärkeren Planungskom-petenzen umzuwandeln. Experten aus den Bereichen Wirtschaft, Politik, Verwaltung, Recht und Wissenschaft gaben auf Einladung der Ausschüsse für Innere Verwaltung, Umweltschutz und Raumordnung sowie Kommunalpolitik unter dem Vorsitz von Klaus Strehl (SPD, Vorsitzender des Raumordnungsausschusses) ihre Meinung zu dem komplexen Thema ab.

Ziel ist, den Ballungsraum Ruhrgebiet als Region mit starken Planungskom-petenzen auszustatten, um so regionale Projekte effektiver umsetzen zu können. Lang-fristig sollen Verwaltungsebenen abgebaut, Arbeitsplätze geschaffen und die Lebens-qualität im Revier erhöht werden. Immerhin lebt dort fast jeder dritte Einwohner Nord-rhein-Westfalens. Städte und Gemeinden wollen als Regionalverband Ruhrgebiet (RVR) in landesplanerische Entscheidungen stärker eingebunden werden.

Das vorgesehene Instrument: regionale Flächennutzungspläne. Bundespolitisch sind solche interkommunalen Regionalplanungen in § 9 des Raumordnungsgesetzes erlaubt. Auf Landesebene wurde diese Möglichkeit jedoch nie genutzt. Die planerische Entscheidungs-macht im Ruhrgebiet lag bei den Regionalräten der fünf Regierungsbezirke. Sie konnten Pro-jekte fördern und verhindern. Zuletzt waren sie

durch ihre Blockade-Versuche beim Metro-rapid in die Schlagzeilen geraten. Jetzt sollen durch § 10a des Landesplanungsgesetzes regionale Planungsgemeinschaften rechtens gemacht werden.

REFORM

Ein einfaches Pro und Contra bei den Po-sitionen erwies sich bei diesem schwierigen Reformvorhaben als unmöglich. Zu den inhalt-lichen Meinungsdivergenzen über den lang-fristigen Nutzen eines starken RVR kamen Zu-ständigkeitsfragen hinzu. So argumentierten die Vertreter der Regionalräte, der denkerische Ansatz sei ehrenwert, die Instrumente würden jedoch keinerlei Verbesserung der Planungs-situation im Ruhrgebiet herbeiführen. Ganz im Gegenteil bestehe die Gefahr der „Kanni-balisierung“ bei der überregionalen Planung.

„Zwei Kommunen können sich zu Lasten einer dritten zusammenschließen“, so Engelbert Rauen, Vorsitzender des Re-gionalrats bei der Bezirksregierung Münster. Ein Interessensausgleich sei nötig, Bürokratieabbau so nicht möglich.

Folkert Kiepe von der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände sprach sich hingegen deutlich für die Einführung eines re-gionalen Flächennutzungsplanes als Antrieb für mehr Kooperation über die Stadtgrenzen hinaus aus. Auch Dr. Gerd Willamowski vom KVR vertrat eine klare Position. Zwar könne er keine Projekte nennen, die nach dem jetzigen System gescheitert wären. Sie hatten aber auch nicht scheitern können, da was nicht möglich schien, gar nicht erst versucht worden war. „Die Verbandversammlung sollte die Aufgabe der Regionalräte übernehmen und so Planung aus einem Guss herstellen. Das ist die beste Lösung.“

Für Dortmunds Oberbürgermeister Dr. Gerhard Langemeyer ist das nur die zweit-beste Lösung. Auch er hält eine gemeinsame Flächenplanung der Kommunen im Ruhr-gebiet für nötig. Er sprach sich aber für recht-lich unverbindliche, revierweite Masterpläne anstelle von gesetzlich festgelegten regionalen Flächennutzungsplänen aus. Auch aus den Reihen der Wissenschaftler kamen abwägende Positionen. Professor Dr. Hans H. Blotvogel vom geografischen Institut der Universität Duisburg/Essen, zum Beispiel, wies auf Risiken und Nebenwirkungen eines solchen voll-kommen neuen Planungssystems hin. Es sei wichtig, klar zwischen regionalen Flächennut-zungsplänen und kommunalen Planungs-gemeinschaften zu unterscheiden. „Das Land muss klare Regeln schaffen, sonst besteht die Gefahr eines planerischen Flickenteppich.“

Obwohl alle Anwesenden sich in einem einig waren, das Ruhrgebiet zu modernisieren und Bürokratie abzubauen, ist eine endgültige Ei-nigung noch nicht in Sicht. Die Fachausschüsse werden sich weiter mit den Gesetzentwürfen beschäftigen. Ende offen. **MP**



In der Wache beim Polizeipräsidenten Münster: Die Abgeordneten (v.l.) Klaus-Dieter Stallmann (CDU), Jürgen Jentsch (SPD), dahinter Dr. Dertinger, Polizei-inspekteur Wehe vom Innenministerium, Karl Peter Brendel (FDP), Monika Düker und Brigitte Herrmann (beide GRÜNE), Karl Kress (CDU) und Wachhabende. Foto: Ahlke

RAUMORDNUNG

Das Netzwerk weiter ausbauen – diese Empfehlung gab Landtagspräsident Ulrich Schmidt (L) der deutsch-amerikanischen Parlamentariergruppe mit auf den Weg, die sich im Landtag gegründet hat. Schon jetzt gebe es viele zweiseitige Kontakte zwischen Amerika und Nordrhein-Westfalen, deren Verbundenheit historisch gewachsen sei. Der Zeitpunkt der Gründung, so der Präsident weiter, sei ein wichtiges Zeichen der Normalisierung: „Der Krieg im Irak ist beendet, jetzt gilt es Frieden zu gewinnen.“ Unser Bild zeigt den Vorsitzenden der Parlamentariergruppe, Rolf Seel (CDU, r.), den stellvertretenden amerikanischen Generalkonsul Eric Rueter (2.v.r.) und die stellvertretende Vorsitzende dieser achten Parlamentariergruppe, die der Landtag gebildet hat, Angela Freimuth (FDP). Foto: Schälte



Anhörung im Umweltausschuss – Experten fordern:

„Kommunen bei der Metrorapid-Planung nicht außen vor lassen“

Die Sachverständigen – allen voran die Vertreter der Regionalräte sowie der kommunalen Spitzenverbände in NRW – die im Rahmen einer Anhörung im Ausschuss für Umweltschutz und Raumordnung (Vorsitz Klaus Strehl, SPD) gehört wurden, äußerten Bedenken zu der von der Landesregierung vorgesehenen Erweiterung des Anwendungsbereichs für ein Raumordnungsverfahren (ROV). Die CDU-Fraktion hatte den von der Landesregierung Anfang April vorgelegten Entwurf einer Verordnung (Vorlage 13/2103) zum Anlass genommen, die Anhörung zu beantragen.

Die Landesregierung verfolgt mit ihrer Vorlage das Ziel, die Möglichkeiten zur „Durchführung von Raumordnungsverfahren für raumbedeutsame Vorhaben“, wie zum Beispiel der seit Monaten kontrovers diskutierte Bau der Metrorapid-Trasse von Düsseldorf nach Dortmund, zu erweitern. Verkehrsminister Dr. Axel Horstmann (SPD) hatte bereits in der letzten Sitzung des Umweltausschusses deutlich gemacht, dass er die Blockadehaltung der Regionalräte in den Regierungsbezirken Düsseldorf, Münster und Arnsberg nicht länger hinnehmen will. Es handele sich beim Metrorapid um ein für das gesamte Land wichtiges Verkehrsprojekt, dessen Planung in den Zuständigkeitsbereich des Landes gehöre. Bislang ist es so, dass der Metrorapid kein Ziel der Landesplanung ist. Die Regionalräte, die für die Erstellung der Gebietsentwicklungspläne (GEP) zuständig sind, können somit die Planung der Magnetschwebebahn derzeit noch behindern. Bei einem Raumordnungsverfahren würde die Entscheidungsbefugnis der Regionalräte entfallen. Sie hätten dann lediglich ein Recht auf Anhörung.

Verständlich, dass dieses Vorhaben der Landesregierung für Unmut bei den Vertretern der Regionalräte sorgte. Die vorgesehene Änderung diene ausschließlich dazu, die im Landesplanungsgesetz (LPIG) vorgesehene Zuständigkeit der Regionalräte zu beschneiden, so Engelbert Rauen, Vorsitzender des Regionalrats Münster. Auch das Land müsse ein Interesse daran haben, dass neue Verkehrsprojekte, wie der Metrorapid, die Akzeptanz der Regionalräte fänden und nicht gegen sie durchgesetzt würden. „Zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen regionaler Ebene und der Landesebene gehört es auch, unterschiedliche Meinungen zu bestimmten Sachverhalten zu respektieren und die Entscheidungskompetenz von Regionalräten nicht nachträglich durch Veränderungen von Gesetzen und Verordnungen auszuhebeln“, so Rauen.

REGIONALRÄTE

Kritik an dem geplanten Verfahren äußerten auch die Vertreter des Landkreistages NRW und des Städte- und Gemeindebundes NRW: Es

könne nicht angehen, dass politische Schwierigkeiten bei der Durchsetzung von Projekten zum Anlass genommen werden, anderweitige Planungsverfahren, wie das Raumordnungsverfahren, an die Stelle der Gebietsentwicklungsplanung zu rücken, um damit die Regionalräte als Vertreter der betroffenen Kommunen außen vor zu lassen. Zudem sei die Gebietsentwicklungsplanung in NRW ein wirksames Instrument, um Ziele der Raumordnung und Landesplanung als verbindliche Vorgaben für nachfolgende Planungsstufen festzulegen. Das Raumordnungsverfahren könne dies nicht leisten, da es sich lediglich um ein Koordinierungs- und Abstimmungsverfahren ohne Verbindlichkeitswirkung handele.

Dr. Stefan Greiving vom Lehrstuhl für Rechtsgrundlagen der Raumplanung der Universität Dortmund, äußerte Bedenken zu der von der Landesregierung erhofften Beschleunigung des Verfahrens durch den Einsatz von Raumordnungsverfahren. Seiner Meinung nach erscheint es „wenig zielführend“, erst ein Gesetzgebungsverfahren einzuleiten, welches den Metrorapid oder andere raumbedeutsame Maßnahmen als Ziel der Landesplanung verbindlich festlegt, um dann ein Raumordnungsverfahren anzuschließen, mit dem unter anderem überprüft werde, ob der Metrorapid mit den Erfordernissen der Landesplanung übereinstimmt. „Daher ist das Raumordnungsverfahren in diesen Fällen schlicht überflüssig und es verkehrt sich der grundsätzlich bestehende zeitliche Vorteil (Sechs-Monats-Frist) gegenüber Planänderungsverfahren ins Gegenteil“, so Greiving. Ein Raumordnungsverfahren stelle keine Rechtsnorm dar. Insofern sei darin ein Nachteil im Hinblick auf die Rechtssicherheit einer Maßnahme zu sehen, weil das noch folgende Planfeststellungsverfahren als Norm dann doch richterlich überprüfbar sei. „Diese Prüfung erfolgt aber zu einem wesentlich späteren Zeitpunkt und führt demzufolge im negativen Fall zu höheren zeitlichen und finanziellen Verlusten.“ **ax**

Auch wenn die privaten Bühnen, wie dies ein Sprecher mitteilte, nur etwa 15 Prozent ihrer Zuschüsse vom Land erhalten – 85 Prozent steuern die Kommunen bei – sie müssen diese Gelder in einem festgelegten zeitlichen Rahmen ausgeben (dürfen sie also nicht übertragen) und sind gehalten, darüber im Haushaltsjahr Rechenschaft abzulegen.

Als Sachverständige in eigener Sache hörte der Kulturausschuss unter dem Vorsitz von Dr. Renate Düttmann-Braun (CDU) am 28. Mai Sprecherinnen und Sprecher der freien Theaterszene des Landes zum Antrag der CDU-Fraktion an. Der erste Sachverständige, Jochen Brockstedt von der Kooperative Freier Theater in Dortmund, regte an, die in Niedersachsen seit kurzem praktizierte „Konzeptionsförderung“ auf NRW zu übertragen. Ihr Hauptmerkmal sei, dass Förderzusagen nicht für ein Jahr, sondern für drei Jahre gegeben werden. Diese feste, kalkulierbare Förderung für eine bestimmte Anzahl von „herausragenden“ Bühnen verschaffe Planungssicherheit. Es dürfe dabei aber nicht das Ziel sein, öffentliche Mittel einzusparen.

Einen prononcierten Standpunkt nahm Ludger Schnieder vom Theater Pumpenhaus in Münster ein. Die früher unterschiedlichen ästhetischen Ansätze im In- und Off-Bereich, also bei Stadttheatern und freien Bühnen, hätten sich angeglichen. Darum regte er an, neue Kooperationsformen zu finden, in der beide Bereiche zusammenarbeiten, zumal wenn die finanzielle Decke dünner werde. Schnieder: „Es ist mehr als nur Vereinfachung erforderlich.“

Niels Ewerbeck vom Forum Freies Theater in Düsseldorf fand, das Problem sei nur kommunal in Angriff zu nehmen, „wir machen Kultur in und für unsere Städte“. Schon jetzt sei im freien Bereich die Effizienz des Einsatzes der Mittel „vorbildlich“.

Die Geschäftsführerin des Kölner Theaters am Bauturm, Miriam Kloss, stellte sich mehr Autonomie und Planungssicherheit und weniger Bürokratie „für alle“ als Alternative vor. Dabei gehe es auch darum, den versicherungsrechtlichen

„Wir dürfen keine Rücklagen für einen neuen Lkw bilden“

Freie Theater klagen über die Fesseln des Haushaltsrechts

Die privaten Theater des Landes würden gern (noch) effizienter wirtschaften, wenn sie sich einer Fessel entledigen könnten, die die CDU-Fraktion in ihrem Antrag (Drs. 13/3284) benannt hat. In Modellversuchen, so die Union, sollte das Prinzip der Jährlichkeit, das die Landeshaushaltsordnung für die Empfänger von Zuwendungen des Landes vorgibt, außer Kraft gesetzt werden.

Status der Schauspieler der freien Szene zu klären. Eine mögliche Hilfe sei es, auf örtlicher Ebene Kulturbüros zu gründen, Netzwerke zu unterstützen und Weiterbildung zu fördern.

„Unseren Schauspielern muss die Künstlersozialkasse geöffnet werden“, forderte Meinhard Zanger vom Theater „Der Keller“ Köln. Er warnte vor einer „Effizienzfalle“ hinter dem Streben nach mehr Effizienz: Theater in kommunaler Trägerschaft könnten Streichungen irgendwie in ihrem Apparat abfedern, weniger Geld treffe freie Theater aber viel stärker.

ENTLASTUNGEN


Denn die könnten nirgendwo sparen, was Zanger mit ein paar Zahlen verdeutlichte. Sein Theater komme mit vier festen Kräften aus, zusammen mit 15 künstlerischen Mitarbeitern und 33 Schauspielern bringe es 300 Aufführungen im Jahr auf die Bühne. Von dem 600.000-Euro-Etat werde die Hälfte selbst erwirtschaftet. Wenn es weniger öffentliche Zuschüsse gebe, dann müssten eben die Einnahmen gesteigert werden. Hier nannte Zanger die Entlastungen bei der Sozialgesetzgebung

für freie Theater und die Möglichkeit, eine Rückstellung zu bilden.

Sinnvolles betriebswirtschaftliches Arbeiten sei unter dem Prinzip der Jährlichkeit nicht möglich, urteilte Manfred Langer vom Grenzlandtheater Aachen. Sein Tourneetheater, klagte er, dürfe nicht einmal Rücklagen für einen Lastkraftwagen bilden, der für den Tourneebetrieb erforderlich sei und alle fünf Jahre durch ein neues Fahrzeug zu ersetzen sei. Er machte außerdem darauf aufmerksam, dass Verträge über ein Jahr hinaus geschlossen werden müssten.

Das bestätigte Sigmar Schröder (Theaterlabor Bielefeld): Für bestimmte Projekte müsse es die Möglichkeit geben, Verträge über zwei oder drei Jahre abzuschließen. Das sei nicht zuletzt mit Blick auf die Konkurrenz durch die wachsende Zahl internationaler Festivals erforderlich. Schröder stellte sich vor, mit verschiedenen Geldgebern gemeinsam haushaltstechnische Abrechnungsmodalitäten für mehrjährige Projekte entwickeln zu können. Der im Verwendungsnachweis vorgeschriebene Eigenanteil sollte abgeschafft werden. Bewilligungsbescheide des Landes über die Förderung sollten frühzeitig erfolgen. Wenig Hoffnung in Sachen Abschaffung der Jährlichkeit vermochte Kultur-Staatssekretär Manfred Morgenstern zu machen.

Mit ihren Klagen stünden die Sprecher der freien Szene nicht alleine da – ob es da eine Sonderregelung für den Kultur- oder Theaterbereich geben könne, bezweifle er sehr – „es sei denn, der Landtag befreit

uns von den Vorschriften der Landeshaushaltsordnung“. Rechtsverbindliche Zusagen über mehrjährige Förderung gebe es mit dem Instrument der Verpflichtungsermächtigung, die der Landtag zur Verfügung stelle. Eine andere Lösung seien Zielvereinbarungen (ohne Garantie, da unter Haushaltsvorbehalt) zwischen Fördergeber und Förderempfänger. 

Gut gelaunt in die Anhörung zu einem ersten Thema (v. r.): Manfred Zanger, Miriam Kloss, Ausschussvorsitzende Düttmann-Braun, Niels Ewerbeck und Ludger Schnieder.

Foto: Schälte



+++Aktuelles+++ aus den Ausschüssen

Am 11. Juni hört der **Ausschuss für Arbeit/Gesundheit/Soziales** (Vorsitz Bodo Champignon, SPD) Sachverständige zum CDU-Antrag „Auch Sterben ist ein Teil des Lebens“ (Drs. 13/3217 2. Neudruck) an. Zum Thema der Anhörung Hospizarbeit und Palliativmedizin überwies das Plenum am 4. Juni auch die Anträge der Fraktionen der FDP und SPD/GRÜNEN (Drs. 13/3849 und 13/3968). Ministerin Birgit Fischer hat dem Ausschuss bereits im Februar berichtet, an 17 Standorten werde zusammen mit den Krankenkassen ein Modellprojekt zur Verknüpfung von psychosozialer Betreuung und Palliativpflege durchgeführt (Vorlage 13/1993).

+++

Der **Kommunalausschuss** (Vorsitz Jürgen Thulke, SPD) informiert sich vom 9. bis 15. Juni in den USA über Wasser-, Strom- und Gasversorgung sowie Wasserentsorgung und öffentlichen Nahverkehr im Spannungsfeld von Wettbewerb, Deregulierung und öffentlicher Daseinsvorsorge.

+++

Geschäftsführer Dipl.-Ing. Wolfgang Röhner (Minegas) wurde von Ministerpräsident Peer Steinbrück zu einem Vortrag über Grubengasverwertung anlässlich der NRW-Präsentation in Moskau Anfang Juni eingeladen. Das erfuhr der **Grubenausschuss** (Vorsitz Peter Budschun, SPD) auf dem Bergwerk Lohberg in Dinslaken.

+++

Der FC Schalke ist der einzige Fussballclub Deutschlands mit einer Kapelle im Stadion. Der **Verkehrsausschuss** (Vorsitz Manfred Hemmer, SPD) besichtigte diese neben den Mannschafts- und VIP-Räumen AufSchalke, als er sich am 3. Juni in Gelsenkirchen über die Verkehrsplanungen für die Fussball-Weltmeisterschaft 2006 unterrichten ließ.

+++

Der **Europausschuss** (Vorsitz Ute Koczy, GRÜNE) führt vom 16. bis 25. Juni Gespräche über den EU-Beitritt in Polen. Außerdem geht es um die EU-Verfassung, um die Sicherung der neuen EU-Außengrenzen, grenzüberschreitende Zusammenarbeit und die Kontakte mit der Partnerregion Slaskie (Schlesien). Im Vorfeld der Reise machte die Deutsch-Polnische Wirtschaftsförderungsgesellschaft den Ausschuss auf das Internet-Portal „infolpolen“ aufmerksam.

+++

Der **Schulausschuss** (Vorsitz Dr. Heinz-Jörg Eckhold, CDU) berät in einer zusätzlichen Sitzung am 25. Juni im Plenarsaal (Beginn 14.00 Uhr) abschließend über das Schulrechtsänderungsgesetz 2000.

+++

Der **Migrationsausschuss** (Vorsitz Oda-Gerlind Gawlik, SPD) führt am 26. Juni ein Sachverständigengespräch mit Experten über die Benachteiligung von Menschen muslimischen Glaubens in der Arbeitswelt.

+++

wurde. Den Reit-AGs werden hohe pädagogische Bedeutung zugeschrieben. Sie kosten drei bis fünf Euro pro Kind.

Die aufgeschlüsselten Pauschalbeträge 2003 für alle Städte und Kreise aus der Feuerschutzsteuer teilte das Innenministerium dem **Innenausschuss** (Vorsitz Klaus Stallmann, CDU) mit. Danach erhalten die kreisfreien Städte insgesamt 9,6 Millionen und die Kreise sowie kreisangehörigen Gemeinden 24 Millionen Euro (Vorlage 13/2162).

+++

Zu gleicher Zeit reist der **Wirtschaftsausschuss** (Vorsitz Dr. Helmut Linssen, CDU) nach Moskau, um die NRW-Präsentation dort zu begleiten.

+++

Innenausschuss und Rechtsausschuss (Vorsitz Dr. Robert Orth, FDP) informieren sich am 25. Juni im Landeskriminalamt über die Bedeutung des „digitalen Fingerabdrucks“ bei Strafverfahren. Anschließend hören sie im Landtag Sachverständige an zum Thema eines CDU-Antrags zur „DNA-Analyse“.

+++

In Duisburg informierte sich der **Sportausschuss** über die Vorbereitungen der Weltspiele der nichtolympischen Sportarten Mitte Juli 2005 im Ruhrgebiet, zu denen 300 Sportler aus 90 Ländern und über 500.000 Zuschauer erwartet werden.

+++

Der **Migrationsausschuss** tagte am 29. Mai anlässlich des Brandanschlags vor zehn Jahren in Solingen. Oberbürgermeister Franz Haug berichtete über positive Erfahrungen, auch mit dem Solinger Ausschuss für Zuwanderung und Integration. Die Landesregierung kündigte an, in Kürze werde sie ihren 3. Landeszuwanderungsbericht vorlegen.

+++

Auch Vatertiere seien reiterlich zu Höchstleistungen fähig, erläuterte die Leiterin des Landgestüts Warendorf Susanne Rimkus dem **Sportausschuss**. „Hengste im Sport“ sei seit sieben Jahren ein Thema für das international berühmte Gestüt, dessen Sportkonzept auch die Auswahl von Pferden mit der Doppelveranlagung als Vatertier und Zuchthengst enthält.



Illustration: h:m

+++

Auf Anregung des **Medienausschusses** (Vorsitz Claudia Nell-Paul, SPD) fand in Amsterdam ein Parlamentariertreffen mit Vertretern Belgiens und der Niederlande statt. Die Medienexperten wollen mehr grenzüberschreitende Rundfunk- und Online-Zusammenarbeit. Wegen knapper Frequenzen können die Nachbar-Programme kaum noch empfangen werden. Die Sitzungen des Medienausschusses werden live im Internet übertragen, nächste Sitzung: 27. Juni, 10.00 Uhr.

+++

In NRW wurden bisher 288 gesponserte Reithelme an 39 Schulen verteilt. Das erfuhr der **Sportausschuss** (Vorsitz Gisela Hinnemann, CDU), als er sich dem Thema „Reiten als Schulsport“ widmete. Und: NRW ist das erste Land, in dem Reiten als Sportförderunterricht zugelassen

Strom und Wärme aus Grubengas

Neun neue Bohrungen geplant

Methan, vor Millionen Jahren aus organischen Stoffen neben der Kohle entstanden, ist eine ständige Gefahr für den Steinkohlenbergbau. Es wird daher nach über Tage abgeleitet. Auch in stillgelegten Bergwerken gibt es große Grubengasvorkommen. Gegenüber Kohlendioxid belastet Methan das Klima 23fach mehr.

Der Ausschuss für Grubensicherheit informierte sich, eingedenk schwerer Grubenunfälle durch Schlagwetterexplosionen, früher auch in Deutschland, heutzutage noch im Ausland, am 23. Mai auf dem Bergwerk Lohberg in Dinslaken über die Verwertung von Grubengas. Nach der Vorstellung des Bergwerks und des Betreibers der größten Grubengasanlage besichtigten die Abgeordneten die auf dem Bergwerksgelände errichteten Blockheizkraftwerk-Module, deren Wärme direkt in die städtische Fernwärmeleitung abgegeben und deren Strom in das örtliche Netz eingespeist wird.

KLIMASCHUTZ

Seit Jahren verwertet die DSK das abgegaugte Grubengas (eigene Kesselhäuser oder Lieferung an Dritte). Ende 2000 wurde die Firma Minegas GmbH als Gemeinschaftsunternehmen der Ruhrkohle AG und zweier Gastechnik-Firmen aus Krefeld und Wuppertal zur Nutzung von Grubengas aus stillgelegten Bergwerken und 2001 die Firma Mingas Power GmbH zur Nutzung aus aktiven Bergwerken gegründet. Derzeit erzeugen 48 Blockheizkraftwerke (BHKW) an 17 Standorten in NRW den Jahresstrombedarf für 110.000 Haushalte. Das berichtete Geschäftsführer Wolfgang Röhner in Dinslaken, der in diesem Jahr eine Erfolgsbilanz von 100 Megawatt installierte elektrische Leistung erwartet.

steigt die Bedeutung des Grubengases aus stillgelegten Betrieben. Die Landesregierung fördert die Verwertung als Beitrag zum Klimaschutz. Im Rahmen der Initiative Zukunftsenergien wollen Unternehmen, Forscher und das Land auch mit China, Russland, Polen und der Ukraine zusammenarbeiten. Deutscher Standard sei aber nicht zu exportieren, meinte Röhner nach Fragen aus dem Ausschuss.


ausschusses in Dinslaken gesprochen. Durch das Erneuerbare Energien-Gesetz (EEG), seit April 2000 in Kraft, wurde Grubengasstrom gleichgestellt mit Strom aus Sonne, Wind und Wasser. Minegas und andere Grubengas-Unternehmen freuen sich über 20jährigen Bestandsschutz und die Verpflichtung der Netzbetreiber, den Grubengasstrom aufzunehmen, der etwa sieben Cent kostet. Die Mehrkosten für Strom aus EEG-Anlagen, von Minegas auf 0,43 Cent pro Kilowattstunde beziffert, werden vom Verbraucher getragen.

BOHRKOSTEN-FONDS

Um die Methanvorkommen zu orten, werden Bohrungen durchgeführt. Abteilungsleiter Kirchner (Bezirksregierung Arnsberg) erläuterte dazu den „Revolvierenden Fonds für die Unterstützung der auf Bohrungen beruhenden Grubengasnutzungen in NRW“ (seit Dezember 2002 Förderschwerpunkt). Stark vereinfacht: Der „Revo-Fonds“ finanziert die Bohrungen, soll sich aber bei erfolgreicher Gasnutzung selbst tragen. Gebohrt wird bis in Teufen von 600 Metern. Für 2003 plant der Interessenverband Gas neun Bohrungen mit Kosten bis 4,2 Millionen Euro.

KONVOILÖSUNG

Auch über Politik wurde in der von Hans Vorpeil (SPD) geleiteten Sitzung des Gruben-

Ein Ärgernis, auf Lohberg durch einen hohen Zaun dargestellt, sind die unterschiedlichen Behördenzuständigkeiten. Während die Grubengas-Gewinnung der Bergbehörde (Wirtschaftsministerium) untersteht, ist für die „Weiterverarbeitung“ im Blockheizkraftwerk das Umweltministerium zuständig. Um nicht jedes einzelne Modul genehmigen lassen zu müssen, wünschen sich die BHKW-Betreiber eine „Konvoilösung“, eine Typengenehmigung mit dezentraler Aufsicht. 

UMWELTSCHUTZ

In den Jahren 2003 und 2004 werden weitere zehn BHKW auf stillgelegten Bergwerksstandorten ihren Betrieb aufnehmen. Neben der Ausschöpfung vorhandener Energie leisten sie einen wesentlichen Beitrag zum Umweltschutz. Durch den Rückgang im Steinkohlenbergbau



Einstimmig angenommen hat der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas beim Europarat in Straßburg den Bericht, den Ute Koczy (r.), Vorsitzende des Ausschusses für Europa- und Eine-Welt-Politik des Landtags über nachhaltige Regionen im globalen Kontext vorgetragen hat. Koczy ist vom Landtag gewähltes NRW-Mitglied im Kongress und leitet dort die deutsche Regionaldelegation, die von den Delegierten der deutschen Bundesländer gebildet wird.

Foto: Conseil de l'Europe

VON BRIGITTE SPETH (SPD)

Eine Ganztagschule muss den Bedürfnissen der Kinder und ihrer Eltern gerecht werden und ein möglichst vielfältiges Angebot bereitstellen, das die Bereiche Bildung, Erziehung und Betreuung sinnvoll miteinander kombiniert. Eine gute Ganztagschule wird diese Angebote auch altersgerecht zuschneiden. So muss es sicher für 15-jährige Schülerinnen und Schüler fachbezogenen Förderunterricht geben, ebenso wie Angebote für besondere Interessen und Begabungen. Für kleine Kinder in der Grundschule muss ein pädagogisches Konzept vorliegen, das sie in ihrer emotionalen, motorischen, intellektuellen und sozialen Entwicklung fördern hilft. Um dies leisten zu können, ist die Zusammenarbeit von Menschen mit verschiedenen Professionalitäten, zum Beispiel Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer, spezialisierte Therapeuten, etwa für Sprach- oder Bewegungsförderung, Übungsleiter und andere mehr erforderlich. Im Gegensatz zu den Ganztagschulen in der Sekundarstufe I, die mit einem 20-prozentigen Stellenzuschlag ausgestattet sind, erhält deshalb die Offene Ganztagsgrundschule einen 60-prozentigen Stellenzuschlag, das heißt 1.230 Euro pro Kind. Damit kann die Schule ein maßgeschneidertes Angebot, das den sozialräumlichen Bedingungen der Schule entspricht, entwickeln und entsprechende Fachkräfte einstellen. Diese offene Ganztagsgrundschule wird einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass mehr Chancengleichheit verwirklicht wird.



VON BERNHARD RECKER (CDU)

Die Ergebnisse der PISA-Studie haben gezeigt, dass 30 Prozent der 15-jährigen Schülerinnen und Schüler nicht richtig lesen und schreiben können. Zudem haben viele Kinder und Jugendlichen große Erziehungsdefizite. Zur Aufarbeitung dieser Bildungs- und Erziehungsdefizite, zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zur verbesserten Integration brauchen wir ein flächendeckendes und bedarfsgerechtes System von Ganztagschulen. Dieses muss höchsten qualitativen Ansprüchen entsprechen. Die „Offene Ganztagsgrundschule“ mit gerade mal 0,1 Lehrerstelle pro 25-Kinder-Gruppe genügt diesem Anspruch nicht. Sie entpuppt sich als „Mogelpackung“, denn hier geht es lediglich um Betreuungs- und Verwahrungsmaßnahmen und nicht um Schule. Sie wird dem qualitativen Anspruch – gerade nach PISA – in keiner Weise gerecht. Es fehlen klare Vorgaben für einzuhaltende Standards. Es ist zudem pädagogisch und sozial unverantwortlich, echte Ganztagschulen kostenfrei zu halten und für eine reine Betreuungsmaßnahme Elternbeiträge einzufordern. Die Umsetzung darf nicht ausschließlich von der Finanzkraft der Kommunen und dem Portmonee der Eltern abhängen. Die Antwort auf PISA muss eine Ganztagschule mit einem ganzheitlichen Konzept und qualifiziertem Personal sein. Die CDU will eine für alle soziale und gerechte Lösung. Die Ganztagschule muss vor allem dem Aspekt „Mehr Bildung für Kinder“ gerecht werden.



VON RALF WITZEL (FDP)

Wir brauchen in NRW die flächendeckende Schaffung nachfrageorientierter Ganztagsangebote für alle Schulformen! Immer mehr Eltern haben den Wunsch nach Ganztagschulen. Daher sollte jedes Kind schnellstmöglich bei freier Wahl der Schulform die Möglichkeit zum Besuch einer solchen Einrichtung haben.

Nach Meinung der FDP bleibt die Ganztagschule dabei eine freiwillig zu besuchende Angebotsschule als Alternative zur Schule bis Mittag und wird nicht zur Pflicht. Viele Eltern wollen die Erziehung ihrer Kinder nicht zum zeitlichen Großteil der Schule überlassen, sondern den Hauptanteil des Tages selbst mit ihren Kindern verbringen.

Die Liberalen betrachten die Begriffe Ganztagschule und Ganztagsbetreuung differenziert. Der von der Landesregierung verwendete Begriff der sogenannten offenen Ganztagschule ist eine Mogelpackung. Es handelt sich dabei lediglich um eine Ausweitung bzw. Umschichtung der bereits vorhandenen schulischen Betreuungsangebote am Nachmittag. Ein pädagogisches Konzept fehlt gänzlich. Die Vermittlung fachlicher Inhalte ist nicht Bestandteil des Erlasses der Landesregierung.



Als Reaktion auf die PISA-Studie wäre ein pädagogisches Konzept für Ganztagsbetriebe notwendig gewesen, das im Nachmittagsbereich über eine reine Verwahrung der Kinder hinausgeht.

Darüber hinaus setzt das Modell der sog. offenen Ganztagschule eine erhebliche finanzielle Eigenleistung der Kommunen voraus, das die Schulträger vor erhebliche Umsetzungsprobleme stellt.

VON SYLVIA LÖHRMANN (GRÜNE)

Mehr Zeit für Bildung und damit einhergehend mehr Zeit für die Förderung benachteiligter Schülerinnen und Schüler, aber auch solcher mit besonderen Begabung – diesen Beitrag zur Stärkung der Schülerleistung und gleichzeitig zu mehr Chancengleichheit muss die Ganztagschule leisten. Sie muss die Öffnung der einzelnen Schulen in ihrem Stadtteil verstärken. Wir setzen auf die offene Ganztagschule, die neben Lehrerinnen und Lehrern Personen unterschiedlicher Professionen einbindet. Pädagogisch wertvoll ist nicht nur Unterricht. Die Schulen müssen sich auch zu Häusern des Lebens entwickeln, in denen neben dem Einsatz von ErzieherInnen und SchulpsychologInnen auch musische Erziehung, Sport, Kurse im Bereich Handwerken und vieles mehr ihren Platz haben. Die Ganztagschule muss Verlässlichkeit bieten. Denn neben dem Bildungsaspekt ist der offene Ganztags ein wesentlicher Fortschritt zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Daher sind bedarfsgerechte Öffnungszeiten unverzichtbar. Die offene Ganztagschule bietet die Chancen, durch Rhythmisierung des Unterrichts und eine Umstrukturierung des Tagesablaufs einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Unterrichtsqualität zu leisten. Offene Ganztagschulen sind damit ein wichtiger erster Schritt als Antwort auf die Herausforderungen, die PISA unserem Bildungssystem stellt.



Lob aus allen Fraktionen

Landtag zieht positive Bilanz aus dem Auftritt auf der YOU

Wenn ein reibungsloser Ablauf, ein großes Publikum und eine tolle Stimmung rund um die Bühne Maßstäbe sind, dann ist die Bilanz des Landtages auf sein YOU-Debit durchweg erfreulich. Es war ein Experiment, ein Schritt in eine neue Richtung. Das Ziel: die jungen Leute an sich heranzulocken, Berührungängste abzubauen, Aufmerksamkeit zu wecken. Die europaweit größte Jugendmesse in Essen bot für dieses Vorhaben genau die richtige Plattform. Immerhin pilgerten über 300.000 Teenager zwischen 12 und 18 in die Hallen des Messegeländes.



Krass: Das Polit-Quiz auf der Bühne bot Spannung und politische Bildung wie im neuen Internet-Auftritt.

Nach dem vierten Tag zog Landtagspräsident Ulrich Schmidt ein positives Fazit: „Für mich ist unser erster Auftritt auf der Jugendmesse in Essen ein Erfolg. Ich bin mit dem Team Landtag dort hingegangen, wo die Jugendlichen sind. Und sie haben uns mit offenen Armen empfangen.“ Eines war in der Vorbereitungsphase von Anfang an klar: Mit Diskussionsrunden und Informationsbrochüren lassen sich die jungen Leute nicht fesseln.

Landtagsvizepräsident Jan Söffing (FDP) war selber vor Ort: „Ich fand das Gesamtkonzept hervorragend. Hier ist es gelungen, Jugendliche mit der ihnen vertrauten Sprache anzusprechen. Das ist nicht nur meine Meinung, das ist auch das, was ich von den Jugendlichen gehört habe. Sie kommentierten den Auftritt mit: Boh, das war echt geil.“ Auch Vizepräsidentin Edith Müller (GRÜNE) findet es „wunderbar, dass so ein Angebot so positiv von der Jugend angenommen wird“.

Wer mit Bungee-Jumping, Beach-Soccer und VIVA-Bühne mithalten will, muss sich eben was einfallen lassen. Sonst geht die Botschaft im Rummel unter. Was

genau war denn die Botschaft des Landtags auf der YOU, fragten sich viele. Klar, das Augenmerk auf die höchste Gesetzgebungsinstanz des Landes zu richten: „Politik ist auch für dich da.“ Die „Marke Landtag“ soll sich in den Köpfen der jungen Menschen festsetzen.

POLITIK UND UNTERHALTUNG

Konkreter ist die Koppelung des Landtags-Auftritts mit dem Start des brandneuen Jugendinternet-Portals, www.FreshNRW.de, dem ersten großen Schritt auf die Jugendlichen zu. Dort finden die Teenager einen frechen und interessanten Mix aus Spiel, Spaß und Informationen. Genau diesen Mix wollte das YOU-Team des Landtags auch in Halle 1 auf die Bühne bringen. Mit Schwerpunkt auf Spiel und Spaß, denn in erster Linie sollte das Zielpublikum vor die Bühne gelockt und dort mit FreshNRW.de konfrontiert werden.

Nicht nur B3, Jeanette, Samajona und Mr. President, auch die flotten Moderatoren, Filmcasting, Polit-Quiz und HipHop-Shows sorgten dafür, dass ein großer Anteil der über 300.000 jungen YOU-Besucher auch am

Ein ungleiches Paar mit gleicher Intention: Moderatorin Enie und Landtagspräsident Ulrich Schmidt werben bei der Eröffnung für die Politik. Fotos: Schälte



Landtagsstand vorbeikam. Die Landtags-Bühne in Halle 1 sprach sich herum. Viele der Teenies verweilten sogar länger vor der runden Bühne. Das will schon was bedeuten auf einer Riesenveranstaltung mit 12 Hallen, bei der die jungen Leute nur so mit Infos, Reizen und Action überflutet wurden. Bemerkenswert auch: Der Info-Counter war eine beliebte Anlaufstelle für viele Kids, die wissen wollten: „Was ist der Landtag überhaupt?“

„Die Berührungängste, die viele Jugendliche bei Politikern und bei der Politik haben, sind hier auf der YOU sichtbar geschmolzen“, so Landtagspräsident Schmidt. Der erste Schritt ist getan. Das Landesparlament kam mit diesem ungewöhnlichen Schritt in die öffentliche Diskussion und erreichte damit auch so einige, die nicht in Essen dabei waren. Jeder Klick auf FreshNRW.de ist ein Erfolg für den Landtag. Denn dort sind viele wichtige Informationen zu finden, spannend aufgemacht und dennoch lehrreich und aufklärend. Genau das hatte sich Schmidt zu Beginn seiner Amtszeit vorgenommen: junge Leute in die Politik einzubeziehen, ihnen politische Prozesse nahe zu legen und zu zeigen, dass Landespolitik für sie relevant und nicht bloß abgehobenes „Bla Bla“ ist.

Abgeordnete ließen sich natürlich auch am Landtags-Stand in Halle 1 blicken. Thomas Mahlberg, jugendpolitischer Sprecher der CDU: „Ich fand es gut, dass wir als Landtag die Jugendlichen angesprochen haben. Es ist natürlich sehr schwer, auf einer Event-Messe Politik zu vermitteln, aber es lohnt sich immer, dass Politik auf Jugendliche zugeht.“ Auch Gisela Walsken, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD, überzeigte sich vor Ort: „Ich fand das Angebot klasse. Vor allem ist es einmal etwas Neues, auf die jungen Leute zuzugehen, ohne sie direkt mit Politikern zu konfrontieren. Ich finde es wichtig, dass wir als Parlament diesen Weg gehen, um mit den Jugendlichen auf so einer Messe ins Gespräch zu kommen.“

„Ich kann mir vorstellen, dass der Landtag auch auf der nächsten YOU wieder dabei ist!“, blickt Landtagspräsident Schmidt in die Zukunft. Es ist wichtig am Ball zu bleiben. Mit einer Aktion lassen sich Vorurteile und Polit-Apathie der künftigen Wähler nicht ausräumen.

MP



Die Infotheke am Landtagsstand war ein beliebter Anlaufpunkt für die Jugendlichen.

Zum ersten Mal wählte ein Parlament in Deutschland solch eine Möglichkeit: die Jugend auf einer Jugendmesse mit Politik zu konfrontieren. Damit begab sich der nordrhein-westfälische Landtag auf Neuland – mit Erfolg! Vier Tage, vom 29. Mai bis zum 1. Juni, präsentierte sich das Parlament auf der Essener YOU unter dem Motto: Politik ist nicht langweilig, sondern 'Wir sind für Euch da'. Ein spannendes Programm begeisterte rund 300 000 Besucherinnen und Besucher. Mit an den Start ging auch die neue Internetseite des Landtags www.FreshNRW.de

startete pünktlich zur YOU das neue Internetportal des Landtages. Unter www.FreshNRW.de sind Themen rund um Landtag und Politik jugendgerecht, fetzig und dennoch informativ aufgemacht. Die Band Junique S.P. hat dazu genau den richtigen Song gehabt und trumpft jeden Messtag damit auf. Innerhalb von vier Tagen

„Bad Candy“ sorgen für Stimmung. Newcomer P!ro singt seine neuen Songs auf der Landtagsbühne, wohingegen Mr. President sein großes Comeback in Halle 1 hat. Zusätzlich sorgen Kate Ryan, Fragrance, Miss Shiva, Glamarama, Samajona und Freistil für ordentliche Stimmung.

Verwirklicht werden kann solch ein Knaller-Programm nur durch die Unterstützung großer nordrhein-westfälischer Unternehmen. Neben Hauptsponsor Sparda-Bank West eG engagieren sich für „Politik 4 YOU“ auch ARAG, Degussa, Ford, h2m-Kommunikation, RAG, Rheinische Sparkassen, Vodafone und Siemens. Die Filmstiftung NRW ermöglicht eine Statistenrolle im neuen Otto-Film „Sieben Zwerge – Männer allein im Wald“. Dafür geben die Bewerber beim Filmcasting ihr letztes Hemd. Als Erna Kiefer von der Filmstiftung dem Sieger Sascha Zander den Gutschein überreicht, freut sich der künftige Otto-Statist wie ein Schneekönig.

Tänzer Soufian motiviert die Jugendlichen zu HipHop- und Capoeira-Kursen. Direkt auf der Bühne wird eine kleine Performance einstudiert und getanzt. Richtig voll ist es ununterbrochen bei Manfred Heise. Ohne Pause sprayte er Temporary Tattoos auf Handy, Taschen und Oberarme. Insgesamt kann das Team des Landtags NRW auf vier spannende und erfolgreiche Tage zurückblicken. CD

Vier Tage, die alle Mühen gelohnt haben YOU 2003: Show und Informationen am laufenden Band

Now you are here, that's what I want“, der Songtext zum frischen Internetauftritt von Junique S.P. spiegelt den vollen Erfolg des Eventstandes des Landtages auf der YOU wider. Das Konzept des nordrhein-westfälischen Landtags geht klar auf. Mit den Worten „Wir holen die jungen Leute da ab, wo sie



Die Newcomer von „Junique S.P.“ sangen die Jugend-Internet-Hymne des Landtags.

wird der Song zum jungen Internetauftritt des Landtags zum Stimmungsmacher.

Am letzten Tag haben die drei Sänger Simon, Desi und Sidney mit „Fresh énérvé“ kreischende Fans vor der Bühne und einen 14 Meter langen Fanbrief.

Beim Polit-Quiz auf der Bühne – es kann übrigens auch auf der Internetseite gespielt werden – räumen junge Leute so dicke Preise wie

eröffnet Landtagspräsident Ulrich Schmidt offiziell am Donnerstag die Jugendmesse. Stimmt, denn allein beim Auftritt der Boygroup B3 werden etwa 5000 Messebesucher auf dem roten Teppich direkt vor der Eventbühne geschätzt. Doch auch Jeanette heizt richtig ein. Rund um die Jugendministerin und Schirmherrin der YOU, Ute Schäfer, tobt das junge Publikum an der Landtagsbühne.

Drei Monate Organisation haben sich gelohnt! Immer viel Trubel am Informationsstand. Hier werden Stempel für die VRR-Tour und die YOU-Tour verteilt und über den Landtag informiert. Schließlich betrifft vieles, was im Düsseldorfer Landtag entschieden wird, die Jugendlichen. Man muss nur die richtige Sprache finden, das alles den Jugendlichen spannend zu vermitteln. Genau deshalb

Konzertkarten für Xavier Naidoo, Tanzkurse und Bungee-Sprünge ab. An den ersten beiden Tagen führen Enie van de Meiklokjes (bekannt aus der Telekom-Werbung) zusammen mit Co-Moderator Björn Schüngel von Radio Essen durch das Programm. Da die VIVA-Moderatorin Milka am dritten Tag kurzfristig aus Krankheitsgründen absagen muss, springt spontan DJ Krid P. ein und hält die Kids mit voller Power an der Landtagsbühne. Gülcan Karahanci (auch bei VIVA) moderiert am letzten Tag der YOU das erfolgreiche Konzept des Landtages.

Rednex lässt mit ihrem unverwechselbaren Sound den Boden wackeln und auch die rockigen Töne der holländischen Frauenband

Sie heizte den Zuschauern ordentlich ein: Jeanette Biedermann. Fotos: Schälte/Wyneken



Abenteuer Jugend, Wagnis Politik

Zwei getrennte Welten haben sich aufeinander zubewegt

Politik? Nein danke! Viele Jugendliche denken so. Aber muss das so bleiben? Kann man nichts dagegen tun? Der Landtag hat es versucht. Auf der YOU, der Jugendmesse in Essen, hatte er seinen ersten Auftritt in ungewohnter Umgebung.

Neuland betreten“, sagt Landtagspräsident Ulrich Schmidt, als er die Messepräsenz in Essen eröffnet und sich gemeinsam mit dem Team vor Ort nicht nur über den reibungslosen Ablauf des eindrucksvoll gestalteten Stands, sondern auch über die vielen Jugendlichen, die zum Stand kommen, freut. Begleitet wird er nur von wenigen Politikern. Nachgefragt und vermisst wird von Journalisten und Jugendlichen die Möglichkeit, mit verschiedenen Politikern auf gleicher Augenhöhe ins Gespräch zu kommen. Zu schnell, zu laut und zu voll ist es dafür. Und vielleicht ist es auch gar nicht gewünscht, denn wie bei den meisten Ausstellern geht es erst einmal weniger um die inhaltliche Diskussion als um das Image im Allgemeinen.

Das Programm ist bunt zusammengestellt. Eine riesige Bühne in Halle 1 der Messe, internationale Acts und ein buntes Rahmenprogramm erfreuen die Jugendlichen. Mit dabei sind die Rhein Fire Cheerleaders und eine HipHop-Show. Und auch die Künstler P!ro und Junique S.P. können die Jugendlichen begeistern. Durch wiederholte Auftritte und die Präsentation des Songs „Fresh énergie“ werden diese dem schnell wechselnden Publikum der Messe gerecht.

Richtig voll wird es beim Auftritt der großen Stars wie Jeanette, B3 oder Samajona. Deren Auftritte locken viele tausend Jugendliche an die Bühne des Landtags, über der nicht nur das freshNRW-Banner, sondern auch das Logo des Parlaments zu sehen ist. Das Line-Up macht die Bühne des Landtags zu manchen Zeiten zur begehrtesten Bühne der gesamten Messe.

Politik wird auf der Bühne bei „Das total krasse Polit-Quiz“ sichtbar. Einzelne Jugendliche rätseln über Politik, Geografie und Nonsens-Fragen. Intensiver wird die Diskussion auch in der Zeitung „FreshNews“, die ein Team von jungen Journalisten der Jungen Presse NRW e.V. (JPNW) tagesaktuell am Stand des Landtags erstellt und verteilt.



Die Jungs von „B 3“ im Gespräch mit den Redakteuren der Jungen Presse (l.). Mitarbeiter des Landtagsteams verteilen die „Fresh News“ (r.).

Fotos: Schälte

„Einfach nur geil“, so findet Künstlerin Jeanette, dass der Landtag erstmals auf der YOU zu Gast ist und sich dafür engagiert, Jugendliche über die Politik zu informieren. Die Künstler von B3 schließen sich an: „Auf der Bühne wollen wir nur unterhalten, aber privat beschäftigen wir uns intensiv mit Politik.“ Weniger euphorisch zeigt sich Moderatorin Enie van de Meiklokjes, die an den ersten beiden Messetagen moderiert. Sie hat keine Meinung zum Auftritt des Landtags und sieht ihre Arbeit als Job wie jeden anderen auch. Damit trifft sie die Stimmung unter den Jugendlichen am Stand nicht schlecht.

Erste Theorien machen unter den Messebesuchern die Runde, um wessen Bühne es sich handeln könnte. „Keine Ahnung“ hat nicht nur Sandra (17). Auch ihre Freundin zuckt mit den Schultern. „Aber es ist geil hier“, so ihr Eindruck vom Messestand des Landtags. Besser blickt Sarah (15) aus Hagen durch. „Das ist der Stand von FreshNRW“, sagt sie. Doch als sie erfährt, was FreshNRW ist, lacht sie verwundert.

Die Reaktionen zeigen, wie schwer es ist, den Jugendlichen ein neues Image des

Landtags zu vermitteln. Denn noch schwerer als das klassische Landtagsimage zu beeinflussen, was durch einen Messeauftritt mit niedrigen Schwellen erreichbar zu sein scheint, ist es, eine neue Jugendmarke aufzubauen. Schwierig gerade, weil die Messe so schnell und laut ist, dass man keine Zeit findet, den Jugendlichen den Zusammenhang zwischen Landtag und FreshNRW zu erklären. Doch am neuen Image arbeiten kann man auf der YOU: am besten unter dem Namen „Landtag NRW“, denn das Logo allein ist für Jugendliche kein Wiedererkennungsfaktor. Wer das Bild verändern möchte, das Jugendliche vom Landtag haben, sollte auch klar sagen, dass es der Landtag ist.

C. Kolb/Junge Presse NRW

Vor der Bühne: tausende begeisterte Fans bei den Showacts. Über der Bühne: das sich drehende Landtagslogo.





Was konkret hat Ihr Ausschuss zur Verbesserung der Bildungssituation von Jugendlichen in NRW beigetragen?

Schultz-Tornau: Wenn Jugendliche eine akademische Ausbildung anstreben, fällt dies in den Verantwortungsbereich des Wissenschaftsausschusses. An NRW-Hochschulen studieren derzeit über eine halbe Million junger Menschen. Das ist sehr viel. Aber wir wissen, dass wir in Deutschland insgesamt zu wenig Akademiker haben. Insofern wäre es unsere Aufgabe, noch mehr junge Menschen an unsere Hochschulen zu bringen. Ein weiteres großes Problem ist, dass ein Viertel aller Studierenden ihr Studium frühzeitig abbrechen. Dies hoffen wir dadurch in den Griff zu bekommen, dass wir die Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge fördern. Ich könnte mir vorstellen, dass durch die kürzeren Bachelor-Studiengänge zukünftig mehr Studierende davon abgehalten würden, ihr Studium abzubrechen. Was darüber hinaus Probleme bereitet, sind die mangelnden Eingangsvoraussetzungen. Viele junge Menschen, die an unsere Hochschulen kommen, sind mit schulischen Defiziten vorbelastet. Es ist daher ganz entscheidend, Hilfestellung zu leisten und junge Menschen mit Defiziten an die richtigen Studien heranzuführen, zum Beispiel über ausgebauten Tutorienprogramme. Ein weiteres Problem

ist, dass die soziale Herkunft zu stark darüber entscheidet, ob jemand studiert oder nicht, denn nur



Annegret Krauskopf (SPD), Vorsitzende des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie.

zwölf Prozent aller Jugendlichen aus Arbeiterfamilien nehmen ein Studium auf. Das ist zu wenig. Aufgabe der Politik ist es also, zu ermutigen und nicht noch finanzielle Hürden

Alle Politiker sind gefordert, denn: „In Bildung investieren, heißt in die Zukunft investieren“

Bildungspolitik muss oberste Priorität haben – darüber sind sich die Abgeordneten ungeachtet aller parteipolitischen Grenzen einig. Was auf diesem Sektor bislang getan wurde und was künftig noch zu tun ist, darüber sprach Landtag intern mit den Vorsitzenden des Wissenschaftsausschusses, Joachim Schultz-Tornau (FDP), des Schulausschusses, Dr. Heinz-Jörg Eckhold (CDU), und des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie, Annegret Krauskopf (SPD).

aufzubauen und auf diese Weise gerade Jugendliche aus sozial schwächeren Familien von den Hochschulen fernzuhalten.

Dr. Eckhold: Im Ausschuss selbst kommt praktisch alles vor, was mit Bildung und Weiterbildung zu tun hat. Die Diskussionen im Ausschuss spiegeln praktisch die Diskussionen vor Ort im Bereich Familie und Schule wieder. Das fängt bei den Schulbüchern an, die teurer geworden sind, geht über die offene Ganztagschule, die wir derzeit diskutieren, geht über das Schulrechtänderungsgesetz, Maßnahmen, wodurch wir Unterrichtsausfall stoppen wollen, bis hin zur Verbesserung der Stellenpläne für Lehrer. Die Frage ist nur: Wie wirken die Entscheidungen des Ausschusses vor Ort? Es herrscht große Unruhe in den Schulen, weil die Rahmenbedingungen zurzeit nicht optimal sind. Die Ergebnisse der zahlreichen Schulstudien haben uns als Bildungspolitiker natürlich aufgeschreckt. Festzuhalten bleibt, wir haben eine Umbruchstimmung, die Konzepte der Fraktionen sind unterschiedlich und man kann letztendlich nur hoffen, dass die Diskussion Ergebnisse bringt, die den Schülern vor Ort zugute kommen. Obwohl die Bereitschaft, ein gemeinsames Handlungskonzept zu erarbeiten, im Parlament angeklungen ist, hat es diese Gespräche noch nicht gegeben.

Bei Rückfrage an die Ministerin wurde mir gesagt, dass die Staatskanzlei dazu einladen will. Wichtig wird sein, über Schnittmengen nachzudenken, weil es letztlich ja um unsere Jugend geht.

Krauskopf: Wir haben zunächst die Kinderrechte in der Landesverfassung verankert. In dem Moment, in dem Kinder gesetzlich verankerte Rechte haben, haben wir natürlich

auch die Pflicht, ihnen zu ihren Rechten zu verhelfen. Das fängt schon bei der Geburt an und geht weiter bis zum Kindergartenalter. Das heißt, der Kindergarten hat einen eigenständigen Bildungsauftrag. Dieser Bildungsauftrag ist nicht lernzielorientiert, sondern persönlichkeitsbildend. Persönlichkeitsbildend heißt, Kinder zu motivieren, Kinder neugierig zu machen, um ihnen dann mit ihren Anlagen und Fähigkeiten eine Chance zum Start in die weiteren Abschnitte ihres Lebens zu geben. Wissenschaftliche Studien sagen aus, dass Kinder bis zum achten Lebensjahr all die Grundlagen erfahren müssen, die sie für ihr späteres Leben brauchen. Deswegen ist es wichtig, dass wir uns jetzt darauf besonnen haben, den Kindergarten verstärkt in den Blickpunkt von Bildung zu nehmen. Wir haben uns darüber hinaus bemüht, über Expertengespräche Erfahrungen aus der Praxis in die Entscheidungsprozesse mit einzubinden. Im Bereich der Sprachförderung haben wir festgestellt, dass nicht nur Migrantenkinder an Sprachschwierigkeiten oder -störungen leiden, sondern auch deutsche Kinder. Dabei dürfen wir Migrantenkinder nicht isolieren, sondern müssen integrative Systeme finden. Gerade im Bereich Sprachförderung halte ich das für eine ganz wichtige Sache und da haben wir ja auch über alle Parteien hinweg die Aufstockung des Förderbetrags erreicht.

Was muss getan werden, um die Situation von Jugendlichen im Bildungsbereich zu verbessern?

Schultz-Tornau: Wir müssen uns darüber klar werden, dass die entscheidenden Weichenstellungen sehr früh erfolgen müssen. Die Rückstände in Deutschland sind oftmals darin begründet, dass wir im Grundschulalter schon nicht mithalten können und dass wir im Kindergartenalter oft meinen, wir müssten die Kinder bewahren und beschützen, anstatt die Neugier und den Wissensdurst der Kinder zu nutzen und zu fördern. Hier sind uns andere europäische Länder deutlich voraus. Auch

müssen wir dieses Kästchendenken überwinden, denn man kümmert sich relativ wenig um die Verzahnung von Schule und Hochschule. Die Hochschulpolitik muss sich mit einmischen in die Diskussion, was an unseren Oberstufen gelehrt werden soll und mit was für Methoden, damit Schülerinnen und Schüler besser vorbereitet in die Hochschulen hereinkommen. Die Angebote, die es in diesem Bereich bisher gibt, sind alles andere

als systematisch. Zudem ist neben der Verzahnung von Schulen und Hochschulen auch



Der Vorsitzende des Ausschusses für Schule und Weiterbildung, Dr. Heinz-Jörg Eckhold (CDU).

darauf zu achten, was die potentiellen Abnehmer später für Qualifikationen brauchen. Die Hochschulen müssen also auch in ständigem Kontakt mit der Wirtschaft bleiben, denn das sind nun mal die Hauptabnehmer.

Dr. Eckhold: Für mich ist ganz wichtig, dass alle Fraktionen begriffen haben, dass Bildung erste Priorität haben muss. Lange Zeit hat man darüber nachgedacht, erst die Wirtschaft zu fördern um Arbeitsplätze zu sichern. Inzwischen hat man wohl kapiert, dass es darauf ankommt, die Jugend so auszubilden, dass sie einen Beruf erlernen oder studieren kann. Denn wenn das nicht geschieht, kommt die Wirtschaftsmisere automatisch. Wir müssen alle Mittel, die verfügbar sind, in den Bildungsbereich hineinstecken. Das zahlt sich nicht sofort aus, aber später garantiert. Konkret gesagt halte ich es für ganz wichtig, Ganztagsangebote an allen Schulformen zu haben. Die Benachteiligten sind zurzeit die Hauptschüler. Hier müssen mehr Lehrer und Sozialpädagogen an die Schulen. Auf der anderen Seite weiß ich natürlich, dass die Landesregierung im Moment nicht mehr Geld

zur Verfügung hat. Für wichtig halte ich zudem, dass sich die Schulen auf die Kernfächer wie Deutsch, Mathematik und eine Fremdsprache konzentrieren. Vom Schüler aus gedacht muss klar sein, was er am Ende des vierten, neunten und zwölften Schuljahrs wissen muss. Alles andere kann sich dann darum ranken. Man muss also Standards vorgeben, die je nach Schulform deutlich machen, der junge Mensch hat das und das Grundwissen.

Krauskopf: Wir müssen zu einem neuen Aus- und Fortbildungskonzept für pädagogische Mitarbeiter in den Kindertagesstätten kommen. Zum Beispiel müsste Gesprächsführung und Moderation ein wichtiger Punkt der Ausbildung sein, damit sie das, was sie beherrschen, umsetzen und weitergeben können. Erzieherinnen und Erzieher müssen zudem lernen, Mittel der Sprachförderung in Konzepte zu gießen. Dafür brauchen sie eine qualifizierte Ausbildung. Derzeit sind wir dabei, hierfür Konzepte zu erarbeiten. Wichtig ist nur, dass diese nicht am grünen Tisch entstehen, sondern dass man sie mit der Praxis rückkoppelt.

Dabei ist zu beachten, dass wir nicht überall die gleichen Voraussetzungen haben. Wir haben andere soziale Umfeldler, Kindergärten mit teilweise bis zu 80 Prozent Migrantenkinder. Man muss also auch innerhalb des Systems eine große Flexibilität haben. Wenn wir von Bildungschancen für Kinder sprechen, spielt natürlich auch das Elternhaus eine ganz große Rolle. Kinder können sich ihr Elternhaus nicht aussuchen. Darauf müssen wir reagieren und Rahmenbedingungen schaffen, damit alle Kinder die gleichen Chancen haben.

Was geben Sie persönlich Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen als Rat mit auf den Weg?

Schultz-Tornau: Ich würde jungen Leuten immer den Rat geben, sich nicht nur an aktuellen Marktsituationen zu orientieren. Dies führt zu Fehlsteuerungen. Heute fehlt etwas, jetzt stürzen sich alle auf dieses Studium und nachher stellt man fest, wenn die Studierenden fertig sind, haben wir einen Überhang. Jeder sollte also für sich sehr genau prüfen, wo sind meine Stärken, was würde mir Freude machen, wo bin ich auch in

der Lage, Überdurchschnittliches zu leisten und danach eine Entscheidung treffen.

Dr. Eckhold: Ich bin bei Ratschlägen immer etwas zurückhaltend, weil jeder seine eigenen Erfahrungen sammeln muss. Wenn ich jedoch an meinen Lebensweg denke – ich komme über den zweiten Bildungsweg, habe zunächst eine Schlosser-Lehre gemacht – dann möchte ich allen Jugendlichen sagen: Versucht alles, um eine solide Bildung zu erlangen und einen Beruf zu erlernen. Sicherlich findet man nicht immer den Traumjob. Dann sollte man aber versuchen, in einem anderen Bereich unterzukommen. Ich kann mich ja auch nach einem vernünftigen Abschluss immer noch in eine andere Richtung orientieren.

Krauskopf: Jugendliche müssen ihre Anlagen und Fähigkeiten nutzen und auch flexibel sein. Ganz wichtig ist mir, dass sie sich für ihre eigenen Interessen stark machen. Die Jusos haben mal gesagt: Wer nichts sagt, hat nichts zu sagen. Dieser Spruch ist denke ich wegweisend für Jugendliche, denn sie müssen ihr eigenes Leben mit gestalten. Und das heißt für mich, dass sie ihre Wünsche artikulieren. Eine schwache Gesellschaft braucht starke Kinder. Wir müssen aber auch die Rahmenbedingungen schaffen, damit sie ihre Chancen nutzen können.

Das Gespräch führten Stephanie Hajdamowicz und Axel Bäumer.



Joachim Schultz-Tornau (FDP), leitet den Ausschuss für Wissenschaft und Forschung. Fotos: Schälte

Zentraler Standort für Landesbetrieb Straßenbau „Zusammenlegung in Gelsenkirchen rechnet sich“

Den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung der zentralen Standorte für den Landesbetrieb Straßenbau (Drs. 13/3818) überwies der Landtag nach der 1. Lesung in die Ausschussberatung. Die bisherigen Standorte Köln und Münster bleiben erhalten. Jedoch soll die Hauptverwaltung nach Gelsenkirchen verlagert werden.

Verkehrsminister Dr. Axel Horstmann (SPD) begründete die Änderung gegenüber dem 2. Modernisierungsgesetz mit nachteiligen Folgen der doppelten Standorte Köln und Münster. Zugunsten betriebswirtschaftlicher Effizienz sollten diese an einem Standort im Ruhrgebiet zusammengeführt werden, was sich in spätestens sechs Jahren rechnen werde. In Köln und Münster würden jeweils mehr als 600 Arbeitsplätze erhalten bleiben. Der Dienstsitz für 200 Beschäftigte werde verlegt. Dafür gebe es beachtliche soziale Regelungen.

Erwin Siekmann (SPD) verteidigte die im Jahr 2000 festgelegten zwei Standorte in der Anfangsphase und auch die Verstaatlichung der Straßenbauverwaltung als richtig. Als Gründe für nur noch einen Standort nannte er bessere Verwaltungsabläufe und Führungsfunktionen, Herstellung persönlicher Netzwerke, Verkleinerung des Vorstands, Einsparungen bei Mieten und auch Stelleneinsparungen. Diese müssten genutzt werden. Mehrkosten ent-

Aus zwei mach eins – was auf den Straßen des Landes im Reißverschlussverfahren leidlich klappt, sorgte für Aufregung im Plenum, als es um die Zusammenlegung der Landesstraßenbauverwaltung ging.

Foto: Schälte

stünden in den ersten Jahren durch Trennungsentschädigungen und Umzüge.

Dr. Renate Düttmann-Braun (CDU) erinnerte an Zusagen des früheren Ministerpräsidenten für Köln und Münster und sprach von Wortbruch. Eine gemeinsame Unternehmenskultur sei in den drei Jahren bereits entstanden und Doppelstrukturen seien abgebaut worden. Alle vom Ministerium genannten Gründe rechtfertigten die Zusammenlegung nicht. Am geplanten Standort Gelsenkirchen müsse sogar neu gebaut werden. Eine wirtschaftliche Schwächung des Münsterlandes und die Kündigung eines Teils der Beschäftigten würden billiger in Kauf genommen.



Angela Freimuth (FDP) hielt der Regierung umfangreiche Investitionen an den beiden bisherigen Standorten und Mehrkosten der Zusammenlegung vor. Die Kriterien für den Standort Gelsenkirchen und die Berechnung der Einsparung von 500.000 Euro pro Jahr sollten präzise genannt und belegt werden.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) verlangte Sozialverträglichkeit, Akzeptanz und den Nachweis von Einsparungen sowie effektiverer Arbeit. Er appellierte an die SPD, ihre Zusagen von vor sechs Monaten einzuhalten, Änderungen seien nicht geplant. Er rechne mit Mehrkosten von sechs bis zehn Millionen Euro durch die Zusammenlegung. Die längeren Fahrzeiten für mehr als 450 Beschäftigte seien unökologisch und nicht familienfreundlich.

Staatskanzleiminister Wolfram Kuschke (SPD) warf den Vorrednern aus Münster vor, Wahlkreisbelange überzugewichten. Notwendige strukturelle Veränderungen müsse NRW hinkriegen.

Winfried Schittges (CDU) hielt die Entscheidung für Gelsenkirchen für schlimm und warf dem „Metrorapid-Minister“ unerträgliche Zahlenwerke vor. Einsparungen von 50 Millionen würde vielmehr die Rückübergabe des gesamten Straßenbaus an die Landschaftsverbände bringen. Der Straßenbau bleibe der Sparstrumpf der Landesregierung.

Verkehrspolitiker der Koalition fordern vom Bund:

Mehr Mittel für das „Transitland NRW“

Über die Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans bis 2015 und Anträge aller Fraktionen debattierte der Landtag am 14. Mai kontrovers. In einer Sondersitzung befasste sich zwei Tage später der Verkehrsausschuss mit dem Entwurf. SPD und GRÜNE legten einen Antrag vor, in dem sie der Landesregierung den Rücken stärken, beim Bund höhere Mittel für Verkehrsinvestitionen im „Transitland NRW“ durchzusetzen.

Christof Rasche (FDP) erläuterte Antrag und EntschlieÙung seiner Fraktion, über einen höheren Anteil für NRW seien sich alle einig. Die neue Einteilung in Vorhaben mit besonderem naturschutzfachlichen Planungsauf-

trag und hohem ökologischen Risiko sei eine Ökoblockade und verhindere weiteren Straßenbau. Die Schutzbelange würden längst ausreichend berücksichtigt. Zähle denn der Mensch, der von Verkehrsbelastungen befreit werden wolle, überhaupt nicht mehr, fragte Rasche.

Gerhard Wirth (SPD) verlangte namens seiner Fraktion den Anteil von 22 Prozent der Bundesmittel für NRW und hielt die zusätzlichen Naturschutzprüfungen für überflüssig. Die Bundesregierung solle den Vorbehalt bei planfestgestellten Maßnahmen zurücknehmen.

Heinz Hardt (CDU) berichtete, laut Prognosen des Bundes steige der Individualverkehr

um 16 Prozent und hielt die Steigerung im StraÙengüterverkehr um 58 Prozent für alarmierend. Der Stau in NRW bleibe vorprogrammiert.

Oliver Keymis (GRÜNE) erklärte, im Bundesverkehrswegeplan 2003 würden die Mittel gleichwertig auf Straße und Schiene verteilt. Bei der Straße gelte der Vorrang von Erhalt und Sanierung vor Neubau. Der Stau lasse sich nur durch integrierte Verkehrsplanung lösen.

Verkehrsminister Dr. Axel Horstmann (SPD): Es gehe um das größte öffentliche Investitionsprogramm der nächsten Jahre in NRW. Die Landesregierung sichere die wirksamen Ausgaben. Die Naturverträglichkeitsprüfungen könnten bei den drei wichtigsten Autobahn-Ausbaumaßnahmen entfallen. Sechs Ortsumgehungen würden aus dem vordringlichen Bedarf heraus- und sechs andere hineingenommen.

Die FDP beklagt den Stillstand in der Debatte um die Stiftungshochschule. Mit ihrem Antrag „Autonomie der Hochschulen stärken: Umwandlungen in Stiftungen ermöglichen!“ (Drs. 13/3805) möchte sie wieder Bewegung in die Entwicklung bringen. Der federführende Wissenschaftsausschuss wird auf Geheiß des Plenums den Antrag abschließend beraten.

Professor Dr. Friedrich Wilke (FDP) kritisierte die Untätigkeit der rot-grünen Koalition in dieser Sache. Aber seine Fraktion werde nicht locker lassen. Ihr gehe es um mehr Freiheit der Hochschulen bei der Wahl ihrer Rechtsform – freiwillig. Wilke: „Niemand muss. Jede soll aber dürfen.“ In Deutschland müsse damit angefangen werden, eine Kultur des Mäzenatentums zu schaffen. Jährlich werde hier ein Geldvermögen von 200 Milliarden Euro vererbt; nur ein Prozent davon, das hieße zwei Milliarden mehr für Wissenschaft und Forschung. Das werde ein Traum bleiben, wenn Rot-Grün seinen Stillstand in dieser Frage weiter fortsetze.

Dietrich Kessel (SPD) sah das alte Schema: Erst werde die rot-grüne Hochschulpolitik als gescheitert dargestellt, dann werde so getan, als ließe sich alles ändern, wenn man die Hochschulen in Stiftungshochschulen umwandeln würde. Dabei sei daran zu erinnern, in NRW müsse das Hochschulrecht überhaupt nicht geändert werden, um Stiftungshochschulen zu

„Schluss mit dem Stillstand bei Stiftungshochschulen“

Freie Demokraten sehen mehr Chancen in neuer Rechtsform

bilden. Diese Möglichkeit gebe es bereits, bloß habe keine Hochschule davon bisher Gebrauch gemacht. Es habe sich erwiesen, dass die Rechtsform einer Hochschule weitgehend ohne Belang sei für ihre Leistungskraft.

Manfred Kuhmichel (CDU) rief die zurückliegenden Initiativen seiner Fraktion in Sachen Stiftungshochschulen in Erinnerung; da habe „man die Nase weit, weit vorn gehabt“. Die CDU fordere die Landesregierung auf, „die Rahmenbedingungen zu schaffen, um Modellvorhaben zur Gründung von Stiftungshochschulen zu entwickeln und zügig umzusetzen und dabei auch sicherzustellen, dass es eine Bewerbung des Landes NRW als Standort einer EU-Stiftungsuniversität gibt“.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) nannte es einen Denkfehler zu glauben, die Rechtsform entscheide über die Weiterentwicklung der Autonomie an den Hochschulen. Hier drehten sich

FDP und CDU im Kreis. Das Land befinde sich auf sehr fortschrittlichem Kurs, „was die Freiheit und die Selbstständigkeit unserer Hochschulen angeht“. NRW sei in der Frage der Autonomie am fortschrittlichsten unter allen Bundesländern. Auch heute schon könne privates Kapital mobilisiert werden, zahlreiche Stiftungsprofessuren zeugten davon. Für eine Hochschule wie die Universität Düsseldorf oder die TH Aachen müssten aber Milliarden aufgebracht werden. Weitaus kleinere Summen einzuwerben sei schon schwer genug.

Wissenschaftsministerin Hannelore Kraft (SPD) urteilte: „Ich halte das Vorhaben der FDP für wenig praktikabel, wenig zielführend, und zwar auch finanzwirtschaftlich. Ich sehe keine großen Vorteile, die es uns bringen würden. Mir ist es wichtiger, die Autonomie inhaltlich voranzutreiben, und zwar in einer vernünftigen Form. Ich meine, dazu brauchen wir keine Rechtsordnung.“

Kein Rederecht für Datenschützerin

Änderungswünsche der FDP bleiben ohne Mehrheit

Die FDP möchte Rechte und Stellung der Datenschutzbeauftragten des Landes stärken. Dazu hat sie einen Gesetzentwurf (Drs. 13/3136 neu) vorgelegt, den der Landtag Mitte vergangenen Monats in zweiter Lesung beraten und auf Empfehlung des Hauptausschusses abgelehnt hat.

Frank Baranowski (SPD) sah in der neuen Zuordnung der Datenschutzbeauftragten zur Legislative einen Widerspruch. Mit ihren erheblichen Kompetenzen im privaten Datenschutz sei sie aber eindeutig Teil der Exekutive. Darum stimme aus verfassungsrechtlichen Gründen seine Fraktion nicht zu. In NRW gebe es ein modernes und umfassendes Datenschutzrecht, da gebe es keinen Bedarf für eine umfassende Novellierung, die sogar eine Änderung der Landesverfassung zur Folge hätte.

Werner Jostmeier (CDU) hielt ebenfalls eine Verfassungsänderung für unangebracht, auch wenn dabei das Ziel sei, die Stellung des Landtags zu stärken. Selbst die Datenschützerin des Landes sehe den Vorschlag der FDP sehr kritisch. Außerdem sei man dagegen, den

Bereich des privaten Datenschutzes weisungsfrei zu stellen.

Dr. Robert Orth (FDP) umriss kurz die Eckpunkte der liberalen Änderungswünsche. Die Datenschützerin solle nicht länger auf den „Goodwill“ der Abgeordneten angewiesen sein, sie solle „eigene Rechte im Parlament und gegenüber dem Parlament“ erhalten. Ihre Unabhängigkeit gegenüber der Verwaltung sei zu stärken, darum sei sie vom Parlament zu wählen und gegebenenfalls auch abzuwählen. Ein Klagerecht gegenüber der Regierung sei ihr ebenfalls zuzugestehen.

Monika Düker (GRÜNE) führte aus, die verfassungsrechtlichen Bedenken bezüglich der Angliederung an den Landtag seien nicht aus-



Verbindendes
Thema Datenschutz: Der liberale Rechtspolitiker Dr. Robert Orth (l.) und Justizminister Wolfgang Gerhards (SPD).
Foto: Schälte

geräumt. Wahl und Abwahl durch den Landtag sei ein Konstrukt, das eher die Abhängigkeit vergrößere. Das geforderte Klagerecht sei nicht handhabbar. Bei Rot-Grün sei der Datenschutz in guten Händen.

Justizminister Wolfgang Gerhards (SPD) nannte die Anbindung der Datenschutzbeauftragten an den Landtag „mehr als problematisch“. Das Rede- und Anwesenheitsrecht der Landesbeauftragten für den Datenschutz sei nicht erforderlich, ein eventuelles Klagerecht sogar kontraproduktiv.

Wer nicht lesen kann, schämt und versteckt sich

Opposition mit Antworten auf Große Anfrage „Analphabetismus“ unzufrieden

Die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der CDU-Fraktion „Analphabetismus in NRW – Bestandsaufnahme, Situation und notwendige Konsequenzen“ (Drs. 13/3581) ist vom Plenum erörtert worden.

Herbert Reul (CDU) sah in der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage seiner Fraktion eine „Meisterleistung“: Man wisse nicht viel mehr als vorher. Die Regierung beschreibe, „was nicht beziehungsweise warum nicht geantwortet werden kann. Es fehlen Daten und Fakten“. Es wimmele zwar von

Themen und grundsätzlichen Analysen, aber zur

Landesregierung gemacht?“ Sie habe das Problem nicht ernst genommen. Reul: „Solche Antworten treiben einem wirklich die Zornesröte ins Gesicht.“

Manfred Degen (SPD) erwähnte die vier Millionen Analphabeten in Deutschland – „das ist entschieden zu viel“. Es gebe eine ganze Bandbreite von Schwierigkeiten, Schwächen und Ursachen unter den Betroffenen. Dabei täten die Betroffenen alles, um unentdeckt zu bleiben, fuhr Degen fort, das Sorge für eine riesige Dunkelziffer. Er schlug vor, im Ausschuss sich näher mit dem Problem zu befassen und mit Hilfe von Experten zu versuchen, „die Datenlage zur Beurteilung und zur Lösung des Problems etwas näher vor Augen zu führen“. Das Problem sei ernst. Man müsse den Betroffenen helfen, „das ist auch eine Frage der Menschenwürde“.

Ralf Witzel (FDP) unterstrich die Bedeutung der Alphabetisierung für die Gesellschaft und für Schulerfolg und berufliche Chancen des Einzelnen: „Alphabetisierung ist die zentrale Schlüsselqualifikation unseres Jahrhunderts.“ Es sei ein großes gesellschaftspolitisches Versäumnis dieses Landes, auch zukünftig mit einem so hohen Grad von Analphabeten umgehen zu müssen, fand er und sah eine zentrale Aufgabe für die Landesregierung darin, „Tabus zu brechen, offensiv eine Alphabetisierungskampagne für dieses Land zu starten, die nötige Sensibilität herzustellen und den Leuten klarzumachen: Ihr braucht Hilfe, ihr bekommt von uns Unterstützung“. Finanzielle Kürzungen bei Fördermaß-

nahmen passten da überhaupt nicht in die Landschaft.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) betonte, NRW habe eine gute Grundstruktur, die es fortzuschreiben gelte. Die gelieferten Zahlen in der Antwort zeigten, dass NRW einiges tue, „sogar mehr als andere Länder“. Man setze auf Vorsorge anstatt Nachsorge. Die Anstrengungen zur Förderung der Lese- und Schreibkompetenz der Schülerinnen und Schüler seien intensiviert worden, Kindern mit Migrationshintergrund gelte dabei besonderes Augenmerk. Die Anstrengungen im Kindergartenbereich würden verstärkt, allerdings sei es auch Aufgabe der Familien und der Gesellschaft, die Bedeutung des Lesens und des Sprachenlernens hervorzuheben. Im Weiterbildungsbereich biete NRW



Zwei Lager, zwei Meinungen – tut das Land genug, wie die Koalition meint, oder zu wenig im Kampf gegen den Analphabetismus, wie die Opposition vermutet? Von links: Herbert Reul (CDU), Ralf Witzel (FDP), Manfred Degen (SPD) und Sylvia Löhrmann (GRÜNE).

Foto: Schälte



Manfred Degen (SPD) und Sylvia Löhrmann (GRÜNE)

fünfmal so viele Kurse in Sachen kompensatorischer Alphabetisierung an wie Bayern.

Schulministerin Ute Schäfer (SPD) fand, mit öffentlichen Kampagnen und Einladungen werde man weiterkommen, „diese Leute brauchen tatsächlich Schonräume, in denen sie sich ihrem Problem stellen können“. Das gelinge zurzeit über die Volkshochschulen und die Träger der Weiterbildungseinrichtungen. Der Erfolg hänge davon ab, ob die Betroffenen zum Aufsuchen eines adäquaten Alphabetisierungsangebots ermutigt werden können. Sie machte darauf aufmerksam, dass es international keine einheitliche Definition von „Analphabet“ gebe, darum sei auch eine statistische Erfassung nicht möglich. Neben den „reinen“ Analphabeten, die gar keine Buchstaben erkennen können, gebe es eine viel größere Anzahl so genannter „funktionaler“ Analphabeten, die meist lesen und schreiben könnten, allerdings auf unterstem Niveau. Hier sehe es die Landesregierung als wichtigste Aufgabe auf dem Weg zu einer Reduzierung ihrer Zahl an, durch frühzeitige Förderung der Schriftsprachkultur und der Lesekompetenz von Kindern präventiv zu wirken – vor und in der Schulzeit.

konkreten Ausgestaltung, zur Finanzierung, zu Konzepten, Einzelmaßnahmen und Personalmaßnahmen finde sich nichts. Zudem konzentriere man sich auf den präventiven schulischen Bereich, aber kein Wort über Angebote für Erwachsene, die betroffen sind. Da würden ein paar Volkshochschulkurse und Teilnehmerzahlen gemeldet – „was aber hat die

Den Blick für Folgen der Gewalt schärfen

Großes Interesse an Tagung der Enquetekommission Frauengesundheit

Durchgeführt von der Enquetekommission „Zukunft einer frauengerechten Gesundheitsversorgung in NRW“ wurde die Tagung „Gewalt gegen Frauen und Mädchen: Eine interdisziplinäre Herausforderung für das Gesundheitswesen“ von großem öffentlichen Interesse begleitet. Annähernd 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer füllten in der zweiten Maihälfte den Plenarsaal fast bis auf den letzten Platz.

Zunächst wurden die Ergebnisse einer Auftragsstudie der Enquetekommission zur gesundheitlichen Versorgung von weiblichen Gewaltopfern der Fachöffentlichkeit vorgestellt und diskutiert. Die Gutachterin, Professor Dr. Carol Hagemann-White, betonte, dass Gewalt gegen Frauen und Mädchen als Ursache von Gesundheitsproblemen in vielen Bereichen gesundheitlicher Versorgung bislang kaum wahrgenommen werde. Neben großen individuellen Opfern hätte Gewalt gegen Frauen und Mädchen auch enorme Folgekosten für das Gesundheitssystem. Gewalt könne als Ursache zahlreicher Krankheiten gelten, gerade chronische Beschwerden träten häufig bei Gewaltopfern auf. Schätzungsweise hätten über 20 Prozent aller Frauen Gewalt in einer Ausprägung erlitten, die ihre Gesundheit beeinträchtigt. Somit müssten alle Fachrichtungen der Medizin befähigt werden, angemessen damit umzugehen. Selbst bei vergleichsweise leicht zu erkennenden typischen Körperverletzungen nach Misshandlungen werde der Zusammenhang zur häuslichen Gewalt nicht immer hergestellt. Noch seltener würden längerfristige und anhaltende Symptome als Folgeerkrankungen wahrgenommen, obwohl gerade diese bei allen Gewaltformen (sexuelle Gewalt gegen Kinder, Vergewaltigung und Misshandlungen durch den Partner) gehäuft aufträten.

VERSORGUNG

Ausgehend von den Ergebnissen dieses Gutachtens diskutierten anschließend zahlreiche Praktikerinnen aus den ambulanten und stationären Versorgungs- und Betreuungsbereichen, Vertreterinnen der Berufsverbände sowie Krankenkassen, Ärztekammern und Politik die Anforderungen und Umsetzungswege einer bedarfsgerechten Versorgung für gewaltbetroffene Frauen und Mädchen. Nicht zuletzt wurde auf der Tagung nach neuen Wegen integrierter Versorgung von Gewaltopfern gesucht.

Beklagt wurden Defizite in der Versorgung von gewaltbetroffenen Frauen in der gesamten medizinischen Versorgungskette, denen unzureichendes Bewusstsein gegenüber dem Thema zu Grunde lägen. Stationäre Traumatherapieangebote stünden nicht im notwendigen Umfang zur Verfügung. Zu wenige Ärzte und Ärztinnen seien darin geschult, eine adäquate Untersuchung, Dokumentation und Beweissicherung bei vergewaltigten Frauen durchzuführen. Unkenntnis und Unsicherheit im Umgang mit Gewaltopfern belasteten die Beziehungen zwischen Ärztinnen und Patientinnen.

Für die Behandlung wurde von den Praktizierenden vor allem hervorgehoben, wie wichtig es sei, den Frauen Glauben zu schenken, sie wirklich ernst zu nehmen und in einem zweiten Schritt, sie zu stabilisieren. Innerhalb der Versorgung wurde immer wieder eine verbesserte Vernetzung aller Beteiligten eingefordert, wobei auch davor gewarnt wurde, die „Tabuisierung zu vernetzen“.

Als Repräsentantin eines erfolgreich implementierten Projektes schilderte

Im Plenarsaal des Landtags lief die ganztägige Anhörung der Enquetekommission „Frauengesundheit“ zum Thema Gewalt gegen Frauen ab. Hier auf dem Bild (v.l.) Helga Giebelmann (SPD), Referentin Professor Dr. Carol Hagemann-White und Marianne Hürten (GRÜNE).
Foto: Schälte

Angelika May sehr eindrücklich, wie das Modellprojekt „S.I.G.N.A.L.-Hilfe für Frauen“ im Berliner Universitätsklinikum Benjamin-Franklin auf der Erste-Hilfe-Station eingeführt wurde und mit welchen Hindernissen sie und

ihre Kolleginnen zu kämpfen hatten, bevor das Projekt erfolgreich umgesetzt werden konnte. Ziel dieses Projektes ist es, betroffenen Frauen durch entsprechend geschulte Ärztinnen und Pflegenden adäquate Versorgung und Beratung anzubieten. Darüber hinaus werden Datenerhebungen und Dokumentationen durchgeführt, die zu einer besseren Information über Versorgungsbedarf und -formen führen sollen.

INTERESSE

Ihr Bericht stieß bei den anwesenden Praktikerinnen auf großes Interesse. Angelika May betonte, wie wichtig es sei, bei der Einführung des Modells gerade die leitenden Ärztinnen und Verwaltungsfachleute des Klinikums „mit im Boot“ gehabt zu haben.

Eine weitere konkrete Forderung der an der Tagung beteiligten Fachleute bestand darin, regelmäßig Fragen nach Gewalt in die Anamnese oder Behandlung mit einzu beziehen. Gesprächs- und Untersuchungstechniken, die die Versorgung und Betreuung von Gewaltopfern erleichtern, sollten in Fort-



bildungsmaßnahmen für medizinische Berufe integriert werden. Dazu gehören auch die Zertifizierung von Krankenhäusern mit einem bedarfsgerechten Angebot für gewaltbetroffene Frauen und Mädchen.



DIESE MITTEILUNGEN LIEGEN IN DER ALLEINIGEN VERANTWORTUNG DER FRAKTIONEN

SPD

Nichts ist wichtiger als Investitionen in Bildung und Arbeit

Der Landeshaushalt für die nächsten Jahre muss strukturell so verändert werden, dass davon ein Signal des Aufbruchs ausgeht“, erklärte Fraktionsvorsitzender Edgar Moron. Es mache keinen Sinn, über Steuerausfälle zu jammern. Gefordert seien jetzt Kreativität und die Bereitschaft zur Konzentration auf das, was für das Land wirklich wichtig sei. Es gebe nichts Wichtigeres als Investitionen in Bildung und Arbeit.

Jetzt müsse festgelegt werden, in welche Bereiche der Staat steuernd eingreifen und welche Entwicklungen er unterstützen und fördern müsse. Dabei gehe es nicht um mehr Reglementierung. „Wir werden im Gegenteil staatliche Verwaltung abspecken und gleichzeitig effektiver machen“, beschrieb Moron den nordrhein-westfälischen Weg. Die Landesregierung habe konsequent Verantwortung an die Kommunen abgegeben. Sie werde den Städten und Gemeinden weitere Freiräume geben und von engen Vorschriften entlasten. Parallel dazu sei der Abbau von Verwaltungshierarchien die logische Konsequenz.

Von der Landesregierung erwarte die SPD-Landtagsfraktion einen Haushaltsentwurf für die kommenden Jahre, der Zukunftsinvestitionen sichere. „Die Menschen wissen längst, dass wir uns nicht mehr alles leisten können“, erklärte der SPD-Fraktionsvorsitzende. Bezogen auf die staatlichen Ausgaben müsse der künftige Landeshaushalt auch ein deutliches Zeichen bei der Begrenzung der Personalkosten setzen. Kein Bereich des Landeshaushalts könne von strukturellen Veränderungen ausgeschlossen werden.



CDU

CDU: Meisterbrief ist Gütesiegel und Grundlage für das Handwerk



Als „wahres Meisterstück“ bezeichnete der CDU-Landes- und Fraktionsvorsitzende Dr. Jürgen Rüttgers die Riesenmarzipantorte, die ihm von Vertretern der Junioren des Handwerks überreicht wurde. „Ohne Meister geht es nicht“ lautete nicht nur das Motto auf der Torte. Rüttgers forderte, dass der Meisterbrief auch in Zukunft als „Gütesiegel“ und „Grundlage des Handwerks“ in Nordrhein-Westfalen und bundesweit erhalten bleiben müsse. „Dafür wird die CDU weiterhin kämpfen.“ Nicht der Meisterbrief sei für die aktuelle

Wachstumskrise des Handwerks verantwortlich, sondern die wirtschaftlichen Versäumnisse von Rot-Grün. Die Torte hat übrigens, darüber waren sich alle Anwesenden einig, „meisterlich geschmeckt“.



FDP

FDP-Fraktion besucht türkische Botschaft in Berlin

Zur Vorbereitung ihrer Fraktionsreise in die Türkei hat die FDP-Landtagsfraktion die türkische Botschaft in Berlin besucht. Im Mittelpunkt des Gesprächs mit dem Botschafter Osman Korutürk stand die Diskussion über den möglichen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union sowie Möglichkeiten zur Verbesserung der Integration türkischer Mitbürger in Deutschland.

Die geplante Fraktionsreise, die gemeinsam mit dem Zentrum für Türkeistudien organisiert wurde, führt die Fraktion im Juni in die Städte Istanbul, Ankara und Trabzon. Schwerpunktthema des umfangreichen politischen Programms ist ebenfalls die Diskussion mit politischen Vertretern der Türkei über den Beitritt zur Europäischen Union.

Foto (v.l.): Dr. Ingo Wolf, Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion, und der türkische Botschafter in Berlin, Osman Korutürk.



GRÜNE

GRÜNE: Sex-Spots sind möglicherweise rechtswidrig

Immer mehr Menschen ertappen sich dabei, wie sie zu vorgerückter Stunde auf diversen TV-Kanälen mehr oder weniger unfreiwillig zu Voyeuren werden.

Da räkeln sich Damen jeglichen Alters und meistens kaum bekleidet in eindeutigen Posen, während dazu mehrdeutig geräuschvoll Kontakt-Telefonnummern aufgesagt und eingeblendet werden.

Die Grüne Fraktion begrüßt den vor kurzem in Wiesbaden gefassten Beschluss der Direktorenkonferenz der Landesmedienanstalten (DLM), gegen die steigende Flut der Sex-Spots bei den Privatsendern vorzugehen.

Eine Untersuchung hat gezeigt, dass viele der Sex-Spots im Verdacht stehen, verbotenerweise für Pornografie oder Prostitution zu werben. Das so verbreitete Frauen- und Menschenbild, das billige massenhafte Anbieten von Menschen als reine Sexobjekte, ist mehr als bedenklich, finden die Grünen und wissen auch: Es gibt aus rechtlicher Sicht nur begrenzte Einschränkungsmöglichkeiten. So steht vor allem die Forderung nach einer Art freiwilliger Selbstkontrolle der privaten TV-Veranstalter, die ihre Werbe-Sendeangebote in diesem Bereich dringend überprüfen sollten.

Die Grünen appellieren deshalb an die Privatsender: Entwürdigen Sie den Spaß am Sex nicht um jeden Preis mit solch billigen, pruden Schmuddel-Werbe-Filmchen. Setzen Sie endlich selbst ein Zeichen gegen die eigene Einfallslosigkeit auf den späten Sendeplätzen.





Porträt der Woche: Klaus Strehl (SPD)

Donnerwetter, ein selbstbewusster Raucher, betritt der Mann doch tatsächlich Zigarette qualmend einen engen Aufzug! So schoss es Klaus Strehls späterem Gesprächspartner durch den Kopf. Man war verabredet, kannte sich aber noch nicht bei der ersten Begegnung im Fahrstuhl. Ein knappes wechselseitiges „Guten Tag“, dann stieg der Unbekannte aus. Wenig später folgte das verabredete Treffen in Strehls Parlamentarier-Büro. Die Begrüßung fällt freundlicher aus als vorher im Lift. Die Anonymität ist aufgehoben, der Gast erlebt einen angenehmen Gesprächspartner, mit dem sich anregend über große und lokale Politik, über Reisevorlieben, über Gott und die Welt plaudern lässt.

Es war am Tag nach der Befreiung Bagdads. Strehl, ein Gegner des Irak-Krieges wie die meisten seiner Landsleute, räumt ein, dass ihn die Szenen mit jubelnden, glücklich von Saddams Joch befreiten Menschen ins Grübeln gebracht hätten: „Die Freude der Iraker war ja nicht gestellt. Da kommt man als zuvor strikter Kriegsgegner doch etwas ins Nachdenken über den englischen und amerikanischen Militeinsatz.“

Strehl, der 1943 in Fulda geboren wurde (die Eltern waren kriegsbedingt aus Oberhausen evakuiert worden) und seit 50 Jahren in Bottrop lebt, kennt die Vereinigten Staaten von mehreren privaten Besuchen, die er mit seiner Frau unternommen hat. Das Ehepaar, seit 36 Jahren miteinander verheiratet, fuhr mit Mietwagen von den Neuengland-Staaten kreuz und quer über den Kontinent. Ein Abstecher galt der kanadischen Metropole

Vancouver, in der Strehls Tochter ein Jahr lang ihre Ausbildung veredelte. Die Tochter ist heute Diplomkauffrau, Fachrichtung Statistik. Strehl, der ein bodenständiger Ruhrgebietsmensch ist und auch als junger Bursche nie ans Auswandern gedacht hat, schwärmt von Vancouver am Pazifik: „Schöner noch als San Francisco oder San Diego.“

WURZELN IM KOMMUNALEN

Auch politisch ist Strehl, der es als Raucher in den USA verdammt schwer gehabt hat, nie antiamerikanisch gewesen. Das deutsch-amerikanische Verhältnis müsse nach dem Ärger der Vergangenheit verbessert werden. Deutschland sei jedoch gegenüber den USA nicht zum Gehorsam verpflichtet. Er traut seinem Parteifreund und Kanzler zu, dass ihm die politische Klimaverbesserung mit Hilfe der pragmatischen Amis gelingt. Von Schröders Qualitäten ist Strehl überzeugt. 1966 trat er als Spross eines katholisch geprägten Elternhauses (sein Vater pendelte als Wähler von der CDU zur SPD und umgekehrt) in die SPD ein – wegen des Visionärs Willy Brandt und wegen des forschen Machers Helmut Schmidt.

Politisch zu Hause ist Strehl in der Kommunalpolitik. Seit 1975 gehört er dem Rat der Stadt Bottrop an, seit zwölf Jahren führt er die SPD-Fraktion. Die Arbeit als Landtagsabgeordneter (seit 1985) empfindet der Sozialdemokrat, der sich nie zu den „68ern“ zählte, als ideale Ergänzung kommunalpolitischer Tätigkeit. Die Verknüpfungen

zwischen Kommunal- und Landespolitik bezeichnet er als exorbitant. Strehl ist einer jener handfesten politischen Akteure, denen allzu langes Quatschen nicht behagt, die lieber schnell nach Lösungen und Ergebnissen streben. Strehl hat es gerne, wenn etwas passiert. Spaß macht ihm der Vorsitz im Ausschuss für Umweltschutz und Raumordnung: „Das ist mehr Kür als Pflicht, Raumordnung – da ist noch action drin.“

Irgendwann während der Unterhaltung klingelt das Telefon. Strehl schnappt den Hörer, kommt fix zur Sache, ist knapp und bestimmt. Solch einem Politiker müsste ein Regierungsamt Freude machen. Lust zu regieren hätte er schon gehabt, das ist spürbar, jedoch auch sein Talent, nicht lange zurückzuschauen: tempi passati: „Ich bin jetzt 59“, sagt der Stadtrat und Landesparlamentarier und deutet an, dass er politisch zufrieden ist mit dem, was ist.

Geschichte ist Strehls Hobby, er verschlingt historische Lektüre, greift auch zu Belletristik. Abfahrtski gehört zu seinen sportlichen Aktivitäten, ausgiebiges Wandern zuhause und im Urlaub ebenso.

Ein wichtiges privates Ziel ist angepeilt: Der Mann, der oft zur HB greift, will sich das Rauchen abgewöhnen.

Reinhold Michels



Für Jäger, Sammler und solche, die es werden wollen



Der Landtag-intern-Sammelschuber findet großen Anklang und wurde bereits zum unentbehrlichen Helferlein in vielen Regalen. Glückliche sind diejenigen Jäger und Sammler, die schon ein Exemplar bestellt haben. Ordern Sie das praktische Helferlein im Internet unter www.landtag.nrw.de zum Preis von 3,90 Euro zzgl. Versandkosten und Verpackung. Oder Sie senden ein formloses Bestell-Fax an 02 11/884-30 70.

KOSTENLOSES ABONNEMENT

Das kostenlose Abo des Magazins kann ebenfalls auf diesem einfachen Wege bezogen werden. Und schon bald werden Ihnen die aktuellen Neuigkeiten aus dem Landtag gratis nach Hause oder ins Büro gebracht – deutschlandweit!

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 101143, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Stephanie Hajdamowicz (Chefredakteurin), Jürgen Knepper (Chef vom Dienst), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Fotoredaktion: Bernd Schälte, Telefon (02 11) 884-23 03, 884-23 04, 884-25 45 und 884-23 09, Fax 884-30 70, prestestelle@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Helmut Stahl MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Marianne Thomann-Stahl MdL (FDP), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Rimmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Norbert Neß (CDU), Pressesprecher; Michael Block (FDP), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz/Gestaltung/Layout:

h₂m Kommunikations-Agentur, Duisburg · www.h2-m.de

Herstellung und Versand:

VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

Internet-Adresse: www.landtag.nrw.de

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Geburtstagsliste

Vom 7. bis 18. Juni 2003

7.6.	Dr. Bernhard Kasperek (SPD)	51
9.6.	Ute Koczy (GRÜNE)	42
12.6.	Dr. Ute Dreckmann (FDP)	53
12.6.	Hannelore Kraft (SPD)	42
16.6.	Norbert Post (CDU)	51
17.6.	Frank Baranowski (SPD)	41
18.6.	Bernhard Recker (CDU)	64

Jochen Jurettko (72), langjähriger landespolitischer Berichterstatler namhafter regionaler Zeitungen, ist von Ministerpräsident Peer Steinbrück mit dem Verdienstorden des Landes Nordrhein-Westfalen ausgezeichnet worden. Mit dieser höchsten Auszeichnung, die das Land zu vergeben hat, würdigte der Ministerpräsident die besondere Leistung Jurettkos, der seit 1974 aus Düsseldorf berichtet und sich zu einem exzellenten Kenner der politischen Szene an Rhein und Ruhr erwiesen hat. Mit seinen Hintergrundberichten und treffenden Kommentaren habe er sich, so Steinbrück, für ein leistungsfähiges und demokratisches Staatwesen eingesetzt. Stets habe er, wie es in der Begründung heißt, über landespolitische Ereignisse pointiert, kritisch und fair berichtet; seine Arbeit und sein Urteil würden von allen politischen Richtungen geschätzt und anerkannt. Von 1974 bis 1996 war Jurettko Düsseldorfer Korrespondent der „Westfälische Nachrichten“ (Münster); seitdem kamen auch „Die Glocke“ (Oelde) und die Zeitungen des Verlagshauses Bauer, „Recklinghäuser Zeitung“ sowie weitere Tageszeitungen in NRW dazu.

Seniorenpolitik

Einmischung erwünscht – mit diesen Worten hieß Landtagspräsident Ulrich Schmidt die Vertreterinnen und Vertreter der Landesarbeitsgemeinschaft der politischen Seniorenvertretungen (LAGSO) zu ihrer Sitzung im Landtag willkommen. Zur Einmischung hatten die Mitglieder ausreichend Gelegenheit: Sie diskutierten mit Gesundheitsministerin Birgit Fischer die Novellierung des Landespflegegesetzes, die Verbesserung des Altersbildes in der Gesellschaft und Mobilitätsbeschränkungen, die gerade für ältere Menschen mit dem neuen Preissystem der Bahn verbunden sind. Die Vorsitzende der Landesseniorenvertretung NRW, Hiltrud Wessling, dankte für die Dialogbereitschaft und für die Einladung, die Sitzung im Landtag abzuhalten und damit, wie Landtagspräsident Ulrich Schmidt sagte, die öffentliche Wahrnehmung der Arbeit der LAGSO zu unterstützen.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Umweltschutz darf nicht zur Fußnote werden –

... auch und gerade nicht in wirtschaftlich eher flauen Zeiten – mit dieser Mahnung eröffnete Landtagspräsident Ulrich Schmidt am Tag der Umwelt die Doppelausstellung „Natura 2000 – Netzwerk für den Naturschutz“ und „Nationalpark Eifel – Eine Idee nimmt Gestalt an“, eine Gemeinschaftsinitiative von Landtag und Umweltministerium. Der Landtagspräsident warb für die Einsicht, dass auf Dauer nur das ökonomisch vernünftig sei, „was ökologisch verantwortbar ist“. Was das Zusammenspiel von Ökonomie und Ökologie angeht, so habe er, Schmidt, den Eindruck: „Wir waren schon mal weiter!“ Dabei sei der Umbau der Industriegesellschaft zu einer wirklichen Kreislaufwirtschaft in seinen Augen ein aktiver Schritt zur Friedenspolitik – „auf Dauer gesehen wahrscheinlich einer der wesentlichsten“ – Unsere Bilder zeigen auf dem Hintergrund einer Eifeler Bachaue Beispiele der reichen und oft seltenen Fauna in diesem Lebensraum: Hirschkäfer, Buntspecht und Kiebitz.